

LIBERALE PERSPEKTIVEN

2/2010

Rückblick auf das Pfingstseminar 2010

Inhaltsverzeichnis

Aufschlag.....	3
Brennpunkt Naher Osten.....	5
Frieden ohne Freiheit ist kein Frieden!.....	12
Ein Kommentar zum Vortrag „Frieden ohne Freiheit ist kein Frieden“	15
Rezension des Vortrags „Brennpunkt Naher Osten“	18
Rezension des Vortrags „Der Westfälische Frieden“	18

Impressum

Die Liberalen Perspektiven werden herausgegeben vom

VLA – Verband Liberaler Akademiker e.V.

Ackerstraße 3 b
D-10115 Berlin
Tel. 030/2838 94 21

Der VLA ist ein als gemeinnützig anerkannter Verein und eingetragen im Vereinsregister des Amtsgerichtes Charlottenburg unter Nr. 20 VR 2896.

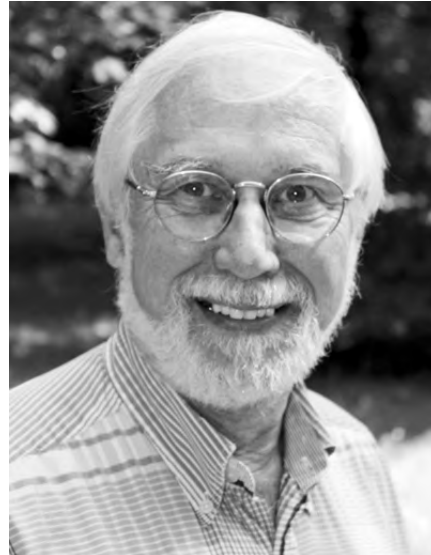
Bei Nachdruck wird ein Belegexemplar erbeten. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktion und Satz:
Wolf Dermann (V.i.S.d.P)
Heike Moser, Corinna Groth und Steffen Glöckler (Rundbrief)

Redaktionsadresse:
Wolf Dermann
Wellritzstr. 7
65183 Wiesbaden
Telefon: 0611 / 24 00 36 57

Druck:
Druckerei Herrmann
Großalbershof 85, 92237 Sulzbach-Rosenberg
mail@herrmann-offsetdruck.de

Bankverbindung des VLA:
Postbank Köln
BLZ 370 100 50
Kto. 2061 40-508



Liebe Conseniorinnen und Consenioren,
liebe Freunde des VLA!

Im letzten Heft noch etwas verschämt im Innenteil, jetzt auf der ersten Umschlagseite: unser neues VLA Logo in Verbindung mit dem vollständigen Verbandsnamen. Damit wollen wir Verbandsidentität und Erscheinungsbild des VLA verbessern, den Bekanntheitsgrad erhöhen, und uns mit einem unverwechselbaren Zeichen mit Wiedererkennungswert von anderen ähnlich organisierten liberalen Verbänden unterscheiden.

Neues Logo

Die Wiedergabe der Farbgebung mit Blau und Orange finden Sie auf unsere Homepage im Internet (www.liberales-akademiker.de) und im sozialen Netzwerk „facebook“ dem der VLA mit einer eigenen Seite beigetreten ist.

Kontakte zum VSA

In Gesprächen mit dem Verband der Stipendiaten und Altstipendiaten der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit e.V. (VSA) und mit Vertretern der Stiftung konnten wir eine erfreuliche Aufgeschlossenheit für zukünftige Gemeinsamkeiten feststellen. Näheres dazu berichtet Vizepräsidentin Brigitte Bremer im „gelben Teil“ dieser Ausgabe.

Breiten Raum nehmen in diesem Heft die Berichte über das Pfingstseminar in Münster mit dem Thema „Anspruch auf Frieden“ ein. Der Bericht über unseren Convent wird daher im nächsten, nur für die VLA Mitglieder vorgesehenen Heft folgen.

Zum Gelingen des Pfingstseminars in Münster haben viele Faktoren beigetragen. Gutes Wetter

hilft immer, aber auch die Aufgeschlossenheit der Teilnehmer war so groß, dass alle Vorträge gut besucht waren und pünktlich beginnen konnten. So blieb stets genügend Zeit für Diskussionen. Dabei hat sich auch bewährt, dass für jeden Referenten vorab ein Diskussionsleiter benannt worden war. Die reibungslose Organisation für Seminar und Begleitprogramm tat ein übriges, wobei die Präsidiumsmitglieder tatkräftig von Ute Gerlach-Worch unterstützt wurden.

Anspruch auf Frieden

Natürlich war es etwas gewagt, Botschafter a.D. Rudolf Dreßler als Referenten einzuladen, der vielen eher als früherer Sozialexperte der SPD bekannt ist. Im Vorfeld wurde kritisiert, dass es zum Thema „Nah-Ost-Konflikt“ doch viele auch jüngere Wissenschaftler gebe, die viel besser qualifiziert seien. Dreßler, ein gelernter Schriftsetzer, hat schließlich alle überzeugt durch nüchterne Bestandsaufnahme der Situation in Israel und der Palästinenser unter besonderer Berücksichtigung der historischen Verpflichtung Deutschlands für das Existenzrecht und die Sicherheit des Staates Israel. Er äußerte sich aber auch kritisch zur israelischen Politik der Nichtanerkennung eines Palästinenser Staates, alles belegt mit eindrucksvollen Beispielen, die ich so noch nicht in der Zeitung gelesen hatte. Überhaupt lag die große Stärke des Vortrags darin, dass Dreßler uns teilhaben ließ an persönlichen Erlebnissen und Erfahrungen, was mehrfach zu Szenen-Applaus führte. Das Manuskript des Vortrags liegt mir vor, eine bearbeitete und leicht gekürzte Fassung finden Sie im Heft zusammen mit einem kurzen Teilnehmerbericht.

Esch-Preis

Preisträger des Arno-Esch-Preis 2010 war die von Katja Urbatsch gegründete Initiative ArbeiterKind.de – zur Förderung des Hochschulstudiums von Nicht-Akademikerkindern. Auch an dieser Stelle noch einmal ein herzlicher Glückwunsch. Bericht über die Preisverleihung folgt im nächsten Heft.

Libérale Grundüberzeugungen

Beim Hochschulpolitischen Gespräch gab es Empörung über die Aussage eines Mitglieds des Bundesvorstands der Liberalen Hochschulgruppen: „Flach sagt uns nichts.“ Eine Provokation gewiss, es wäre aber meines Erachtens falsch, daraus auf mangelnde oder gar fehlende liberale Grundüberzeugungen zu schließen. Bei Gesprächen vor Ort ermuntere ich die Studierenden dazu, dass jeder seine eigenen liberalen Grundüberzeugungen entwickelt, unabhängig von FDP, VLA oder anderen. Ich weise zugleich dazu darauf hin, wie wichtig es für diesen Prozess ist, sich mit Karl-Herman Flach zu beschäftigen, insbesondere mit seiner „Streitschrift“. Dies fiel in der LHG Heidelberg auf fruchtbaren Boden. Die (eigentlich vergriffene) Schrift wurde besorgt und im Semesterprogramm gibt es jetzt die Veranstaltungsreihe „Autoren der Freiheit“. Das Präsidium hat wegen der Debatte in Münster mehrere Zuschriften von VLA Mitgliedern bekommen mit Anregungen zu positiver Beeinflussung des Studentenverbandes. Wir sehen darin unter anderem eine Unterstützung der Position des Präsidiums, die regionale Zusammenarbeit zu stärken.

Mit herzlichem Gruß

*Ihr
Michael Daemgen*

Brennpunkt Naher Osten

Israel und die Palästinensische Autonomie

Vortrag von Rudolf Dreßler

Während meiner fünf Botschafter-Jahre in Israel hat mich das Leben in der israelischen Gesellschaft immer wieder an jene zentrale deutsche Frage erinnert, mit der meine Erziehung zu politischer Aktivität begonnen hat und auf die ich bis heute keine Antwort weiß:

- Wie konnte die verbrecherische Zwangsvorstellung Hitlers, sein Antisemitismus, der zum Völkermord antrieb sich in Deutschland durchsetzen?
- Warum hat die Mehrheit sich daran beteiligt, hat zugeschaut, hat weggesehen?

Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, mit der Einmaligkeit der Verbrechen, hat mich gerade in Israel die immer wieder von einzelnen provokativ initiierte sogenannte „Schlußstrich-Debatte“ als gegen deutsches Interesse gerichtetes Engagement empfinden lassen.

Es ist ein gutes Gefühl, dass solche Versuche immer gescheitert sind, egal, ob sie aus Dummheit oder Berechnung gestartet wurden.

Vor einigen Monaten erinnerte uns das Wochenblatt „Die Zeit“ daran, dass wir im Schatten Hitlers leben. Nicht weil eine Wiederkehr des Nationalsozialismus droht, sondern weil sich der Nationalsozialismus entwirkt, an Realität verloren hat.

Es gibt eine neue Leichtfertigkeit im Umgang mit dem Nationalsozialismus. Nicht, weil der Gegenstand seine Schrecken verloren hat, sondern weil sich der Schrecken vom Gegenstand gelöst hat.

Es geht darum den Gegenstand wach zu halten.

Der international renommierte israelische Schriftsteller Amos Oz, in Deutschland mit höchsten Ehren ausgezeichnet, hat mit vielen klugen Sätzen den Gegenstand beschrieben, ihn wach gehalten. Eine Mahnung von Amos Oz rufe ich in Erinnerung:

„Die Vergangenheit ist immer gegenwärtig und wird immer gegenwärtig bleiben; doch man muß sich daran erinnern, dass die Vergangenheit uns gehört und nicht wir ihr.“

Für einen deutschen Botschafter sind in Israel unsere Vergangenheit und der Gegenstand ständige Begleiter. Die Wörter „unser Staat“ werden in Israel ohne innere Distanz gebraucht und ohne jede Überheblichkeit. Sie sind schlicht ein Bekenntnis. Wenn hier und da auch Stolz an klingt, wird daraus kein Vorwurf abzuleiten sein.

Aus guten Gründen wird in Deutschland im Rahmen der Aufarbeitung unserer jüngeren Geschichte die Formulierung „nie wieder“ gewählt Pas für uns als Auftrag verstanden werden muß, Teile unserer jüngeren Geschichte als abschreckende Mahnung immer wieder in Erinnerung zu rufen, bekommt in Israel vom anderen Ende, mit dem Gebrauch der gleichen Wörter, existentielle Bedeutung. „Nie wieder“ bedeutet in der israelischen Gesellschaft auch, dass nie wieder erwartet wird, bis es soweit ist. Die Sensitivität ist Ergebnis der israelischen Sozialisation. Wer in Europa nicht bereit ist das zu akzeptieren, tut gut daran, es zu respektieren.

60 Jahre „Staat Israel“. Der Gründungsakt im Mai 1948 war eine Zäsur. Es entstand nicht nur ein geistigkulturelles Zentrum für Juden, das gleichwohl auf vielfältige Weise mit der Diaspora bis heute verknüpft geblieben ist; es entstand vor allem ein politisches Zentrum. Israel hat heute über 7 Millionen Einwohner. Von mehr als 150 Staaten ist Israel ein diplomatisch anerkanntes Mitglied der Völkergemeinschaft der Vereinten Nationen.

- Aus einem Agrarstaat wurde ein hoch entwickelter Industriestaat.
- Israel exportiert in alle Welt Erzeugnisse der Hochtechnologie.
- Israel ist führend auf den Gebieten Elektronik und Elektrotechnik.
- Israel verfügt über eine „schlagkräftige“ Armee.

Das alles wurde in nur 60 Jahren aufgebaut und entwickelt. Gleichzeitig musste der Staat die Einwanderungen aus über 100 Ländern integrieren.

Gleichzeitig spürte und erlebte der junge Staat den zunehmenden Widerstand der sich formierenden arabisch-palästinensischen Nationalbewegung. Trotz der bis heute andauernden Gewalt, darf die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und Ägypten im Jahre

1979 und mit Jordanien 1994 hoch eingeschätzt werden. Es gingen kriegerische Handlungen voraus. Sie endeten mit der Anerkennung Israels durch zwei wichtige arabische Staaten. Dieser Sachverhalt wirkt bis heute de-eskalierend, trotz Gewalt, trotz terroristischer Übergriffe.

Niemand hat 1947, nach dem Teilungsbeschluss der Vereinten Nationen, die rasante Entwicklung des kurze Zeit später gegründeten Staates gewagt voraus zu sagen. Die israelische Gesellschaft ist dem 60. Jahrestag ihres Staates mit Gefühlen entgegen getreten, die wir in Deutschland nicht kennen, die wir nicht einmal ahnen. Unsere Sozialisation hat uns nicht zu einer Identifikation mit unserem Staat veranlasst, die der israelischen auch nur nahe kommt.

Ich habe mir im Verlauf meines Lebens nie Gedanken machen müssen über die Existenzberechtigung meines Landes, obwohl Deutschland im vorigen Jahrhundert die Welt zweimal an den Abgrund brachte.

Meine Sozialisation unterscheidet sich grundlegend von derjenigen eines Israelis.

- Keine tägliche Bedrohung!
- Keine Aberkennung der Existenzberechtigung!
- Kein Kampf um den eigenen Staat!

Deshalb gebrauche ich das Wort „Sicherheit“ als Schlüsselbegriff für einen Wiedereinstieg in einen konstruktiven Nahostprozeß.

Die Staatengemeinschaft muß für Israel Sicherheit erarbeiten. Auf der Grundlage von „Sicherheit“ ist es leichter, das zu präzisieren und zu vereinbaren, was Premierminister Ariel Sharon mit dem Begriff „schmerzhaftes Kompromisse“ umschrieben hat.

Deutsche Regierungen haben nie Zweifel daran gelassen, dass sie Israel dabei helfen wollen. Unsere Hilfe steht unter der Maxime, die deutsche Regierungsvertreter, die alle Fraktionen des Bundestages immer wieder deutlich gemacht haben:

Die gesicherte Existenz Israels liegt im nationalen Interesse Deutschlands, ist somit Teil unserer Staatsraison.

Meinem ersten Arbeitstag als Botschafter in Tel Aviv, am 1. September 2000, folgte später der Beginn der sogenannten zweiten Intifada. Der Ab-

lauf schrecklicher Ereignisse mit traumatischen Folgen hat das Land Israel in Atem gehalten.

Ende September 2004 veröffentlichte die israelische Presse eine „Intifada-Bilanz“, die der Allgemeine Sicherheitsdienst (Shabak), nach deutschem Verständnis der Verfassungsschutz, „vier Jahre Terror ohne Pause“ nannte.

Fortgeschrieben bis heute bedeutet dies in Zahlen: Mehr als 1100 Tote israelische Staatsbürger, über 7000 Verletzte. Man zählte knapp 200 Selbstmordanschläge, über 15.000 Schußanschläge und mehr als 800 Kassem-Raketen. In diesen Jahren haben die Israel Defence Forces (IDF) 98 Tunnels ausfindig machen können, die zwischen dem palästinensischen Flüchtlingslager Rafiach und Ägypten ausgehoben und zum Schmuggel von Kampfmitteln verwendet wurden.

Der Shabak bezifferte das damals eingeschmuggelte Material auf ca. 2000 Kilogramm Sprengstoff, 6700 Kalaschnikow-Gewehre, 750 Raketenwerfer, 33 Granaten, 18 Maschinengewehre und fünf Flugzeugabwehrraketen.

Durch die Tunnels seien 580.000 Patronen und andere Munition sowie Dutzende Panzerfäuste R-P-G geschmuggelt worden. Die Tiefe der Tunnels beträgt zwischen sechs und zehn Meter.

Nach Angaben von Palästinensern, die gefaßt und verhört wurden, dauert die Aushebung eines Tunnels von 250 Metern Länge zwischen drei und vier Monaten. Dafür würden mindestens acht Personen benötigt.

Nach diesen Veröffentlichungen wurden seit Ausbruch der Intifada über 1000 Terroristen getötet worden, davon über 200 gezielt.

Die Zahl der Verhaftungen wurde mit 6000 angegeben.

Nach offiziellen Verlautbarungen der Palästinensischen Autonomie, deren Zahlen auch die Terroraktivisten und Selbstmordattentäter beinhalten, wurden allein bis 2004 3.268 Palästinenser getötet und knapp 24.000 verletzt.

Die israelische Wirklichkeit erlebte jahrelang durchschnittlich an jedem zehnten Tag ein Selbstmordattentat und täglich zehn Schußanschläge.

Dass dieser Schrecken nicht spurlos an einer Gesellschaft vorbeizieht, ist zwingend.

Aus vier Flugstunden Entfernung die veröffentlichte Meinung in Deutschland zum Nahen Osten, besonders zu Israel, in diesen Jahren zu lesen, zu hören und zu sehen, provoziert eine Frage :

— Was und wie würde in Deutschland kommentiert und berichtet, wenn das tragische Ereignis von Erfurt im Jahre 2002 — der Amoklauf, der sechzehn Menschen das Leben kostete - sich alle zehn Tage wiederholen würde?

— Wenn in unseren Ländern durchschnittlich zehnmal täglich Schussanschlüge gezählt werden müssten, bliebe die Bevölkerung weitgehend gelassen?

— In welcher Verfassung wäre Deutschland, wenn im Rahmen unserer Bevölkerungsrelation zu Israel in sechs Jahren über zwölftausend Tote und annähernd 70.000 Verletzte zu beklagen wären?

An diesen Fragestellungen hat sich absolut nichts geändert, wenn die letzten Amokläufe in Baden-Württemberg und in den Niederlanden in diese Betrachtung einbezogen werden.

Terror aus weiter Entfernung zu kommentieren, - ist etwas grundlegend anderes als Terror zu erleben.

Über 60 Jahre nach dem Ende von Nazi-Deutschland, über 40 Jahre nach dem Beginn diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und der zweiten deutschen Republik, operiert unsere Botschaft in Tel Aviv in einem für die deutsche Diplomatie einzigartigen Umfeld.

Deutschland gilt heute für viele israelische Führungskräfte politisch und wirtschaftlich, wissenschaftlich und technologisch als zweitwichtigster Partner nach den USA. Deutschland gilt darüber hinaus als einer der wichtigsten Partner in der kulturellen und zwischengesellschaftlichen Zusammenarbeit.

Die israelische Führungsschicht schätzt uns als wichtigen Partner innerhalb Europas und den Vereinten Nationen. Wir sind der zweitwichtigste Außenhandelspartner.

Außergewöhnlich eng ist die wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit. Das Netz von Austauschbeziehungen hat hohes politisches Profil. Es ist nur vergleichbar mit unserer Zusammenarbeit mit Frankreich, Polen oder den USA,

Und wir zählen über 100 Städte- und Kreispartnerschaften. Auch auf der Ebene der Zivilgesellschaft sind die Beziehungen ungewöhnlich dicht.

Selbst im militärischen Bereich haben wir außerhalb der NATO kein Land mit vergleichbaren Beziehungen. Gleiches gilt für das Netz deutscher Präsenz in Israel.

Zusammengefaßt: Die Beziehungen waren nie enger, waren nie besser.

Aber wir, die Deutschen müssen wissen, wo es geboten erscheint, müssen wir es lernen: „Das Eis ist nach wie vor dünn!“ 60 Jahre sind in einem Leben sehr viel, manchmal mehr als ein ganzes Leben. In der Geschichte sind 60 Jahre ein Windhauch, fast nichts.

Auch diese Wahrheit ist kein israelisches Problem, sondern ein deutsches.

Es ist gut zu wissen, dass alle deutschen Regierungen, alle Fraktionen im Bundestag immer wieder feststellen:

Deutschland weiß um seine besondere historische Verpflichtung für das Existenzrecht und die Sicherheit des Staates Israel. Diese Verpflichtung steht für uns unverrückbar fest. Sie ist nicht zu relativieren und wird auch in Zukunft den einzigartigen Charakter unserer Beziehungen zu Israel bestimmen.

„Wer die Wirklichkeit verändern will, muß zunächst bereit sein, diese zur Kenntnis zu nehmen.“ Als der frühere Präsident der Vereinigten Staaten, John F. Kennedy, diesen Satz formulierte, hatte er wohl nicht den Nahen Osten im Blick. Der Satz ist - obwohl banal - dennoch so allumfassend, dass er auf alles bezogen werden, jeder Situation als Grundlage dienen kann.

Die israelische und die palästinensische Wirklichkeit haben mindestens eines gemeinsam: Obwohl beide Seiten viel Zeit benötigen einen stabilen Frieden zu organisieren, miteinander und untereinander, dürfen sie keine ...

Angesichts dieser Wirklichkeit, angesichts der schrecklichen Resultate der jüngsten kriegerischen Auseinandersetzung zwischen dem Libanon und Israel, fällt es schwer sich der politischen Vernunft zuzuwenden.

Gleichwohl gibt es zu diesem Weg keine vernünftige Alternative. Auch dann nicht, wenn das Aggressionsprogramm der in der Palästinensischen Autonomie agierenden Terrorgruppe Ha-

mas, den Weg der politischen Vernunft bis heute nicht begehen will.

Israel hat kaum Optionen, wenn der jüdische Staat nicht in Frage gestellt werden soll

Nach Aussage von Experten bewirkt die demographische Entwicklung, dass Israel in ungefähr zwanzig Jahren eine Bevölkerungsmehrheit mit einer Bevölkerungsminderheit besetzen müsste, wenn sich am derzeitigen Zustand nichts ändert.

Auf' diese Option zu setzen, bedeutet die wahrscheinliche Fortsetzung der so genannten zweiten Intifada durch radikale Kräfte der Palästinenser hinzunehmen oder sogar eine dritte, noch gewalttätigere Intifada als Flächenbrand zu ignorieren.

Es würde auch bedeuten, neben einem Pulverfass ein demokratisches Staatswesen aufrecht zu erhalten. Es würde bedeuten, Tausende junger Israelis zum Schutz eigener Staatsbürger, der Siedler, als Soldaten in besetzte Gebiete zu befehlen. Es würde weiterhin bedeuten, der eigenen Bevölkerung Milliarden an Steuergeldern abzuverlangen, um die Besetzung finanzieren zu können.

Darüber hinaus müsste Israel der internationalen Staatengemeinschaft, auch seinem wichtigsten Verbündeten, den Vereinigten Staaten, definitiv erklären, dass Israel einen palästinensischen Staat nicht mehr akzeptieren würde.

Diesen Kabinettsbeschluss, mit der geschrumpften Labour-Party sehe ich nicht. Es darf nach wie vor davon ausgegangen werden, dass für eine derartige Option in Israel keine demokratische Mehrheit zu finden ist.

Genau so unrealistisch wäre die Überlegung die Besetzung zu beenden und die Palästinensische Autonomie zum israelischen Staatsgebiet zu erklären.

Losgelöst von der Tatsache, dass darüber mit der internationalen Staatengemeinschaft nicht zu reden sein wird, für Israel bliebe der demographische Faktor. In ungefähr zwanzig Jahren würde eine nichtjüdische Mehrheit in der Bevölkerung die parlamentarische Zusammensetzung zwangsläufig so verändern, dass der „jüdische Staat Israel“ zur Disposition stehen könnte. Das gesamte Spektrum der Parteien im israelischen Parlament hat wegen dieser Schlußfolgerung das Rückkehrrecht palästinensischer Flüchtlinge in

allen bisherigen Verhandlungen übereinstimmend verneint.

Wer diese Option weiter durchdenkt, landet zwangsläufig in Südafrika. Ein Apartheidsystem wäre die Antwort. Auch hier darf davon ausgegangen werden, dass eine demokratische Mehrheit für eine solche Überlegung in Israel nicht zu finden sein wird.

Von welchem Ende aus man Israels Zukunft auch analysiert, es bleibt als realistische Zukunftsprognose nur die Akzeptanz eines Staates Palästina. Man kann es zugespitzter formulieren: Der Staat Palästina ist Garant für die Existenz des jüdischen Staates Israel.

Ein Staat ist nicht entstanden wenn es zur Proklamation gekommen ist

Zu einer Staatsgründung - hier Palästina - gehört unausgesprochen der Terminus „lebensfähig“.

Ein lebensfähiger Staat Palästina ist nicht entstanden, wenn es zur Proklamation gekommen ist. Zu einem lebensfähigen Staat gehören Sachverhalte, die sofort gegeben sein müssen und solche, die wachsen, die eine zunächst nicht quantifizierbare Zeitschiene benötigen, bis sie entstanden sind.

Die Vereinigung einer Vielzahl von Menschen innerhalb eines abgegrenzten geographischen Raumes, hier als Staat Palästina, assoziiert zunächst, dass dies ohne größere Schwierigkeiten möglich erscheint. Der einseitige Rückzug Israels aus dem Gazastreifen und die Ankündigung der Regierung ähnlich in der Westbank zu verfahren, macht sichtbar, wo die Schwierigkeiten entstehen können.

Ein einseitiger Rückzug impliziert ohne „wenn und aber“, dass die Repräsentanten des neuen Staates Palästina weder gefragt werden, noch über den abzugrenzenden geographischen Raum, der ihren Staat darstellen soll, verhandeln können. Ein einseitiger Rückzug stellt fest, welche Grenzen und damit Größe, welche Verbindungen und damit Lebensfähigkeit der geographisch von Israel abgegrenzte Raum haben würde. Niemand sollte unterstellen, dieser Weg sei problemlos zu vollziehen. Eine solche Unterstellung blendet Verhandlungsversuche, Übereinkünfte und Verträge mindestens der letzten fünfzehn Jahre aus. Eine solche Unterstellung blendet darüber hinaus auch die palästinensische Wirklichkeit nach sechs Jahren sogenannter zweiter Intifada aus.

- Losgelöst von einem Staatsgebiet:
- losgelöst von der Frage, ob es überhaupt eine Palästinensische Repräsentanz geben würde, die sich zum Staat erklärt;
- losgelöst von der Frage welche Staatsform sich neben Israel bilden würde, auf die im Analogieschluß zum einseitigen Rückzug Israel nicht einmal mittelbaren Einfluß hätte;
- zur Lebensfähigkeit eines Staates zählen weitere unverzichtbare Grundlagen über die nicht verhandelt werden soll, die gleichwohl Israel in unmittelbare Verantwortung zwingen wird.

Es wird kolportiert, dass das palästinensische Bruttonationaleinkommen (BSP) zu über 75 Prozent von Israel abhängen soll; das BSP Israels zu etwa 25 Prozent von der Autonomie. Anders ausgedrückt: Israel könnte mit Einschränkungen ohne Palästina existieren. Umgekehrt wäre auf lange Sicht Palästina ohne Israel nicht lebensfähig.

Der Aufbau eines Staates Palästina bedingt also - unabhängig vom Engagement der Staatengemeinschaft - über einen langen Zeitraum direkte israelische Hilfe. Das Zauberwort „Finanztransfer“ bleibt unerwähnt. Auf diese Tatsache ist die israelische Gesellschaft kaum vorbereitet. Die große Mehrheit reagiert auf die Frage nach einem palästinensischen Staat reflexartig: „Ja, so bald wie möglich“ oder „Am besten sofort“. Ein gesellschaftlicher Diskurs findet nicht statt. Die Imponderabilien sind nicht nur nicht aufbereitet, sie waren und sind bisher kein Thema.

Die unabdingbaren Definitionen für einen Staat würden auch den Nachbarn Israel betreffen. Neben dem Staatsgebiet sind das u.a. die Staatsgewalt, die Staatsorgane, die Staatsform, die Staatsaufsicht, die Finanzwirtschaft, die Staatsgarantien, Staatsdienstbarkeiten, Staatshoheit, Staatsdotationen und das Staatsrecht. Viel Zeit wird benötigt um das alles zu leisten.

Und dann das für die Bevölkerung direkt spürbare Bildungs- und Sozialwesen, beides verträgt in so einer Aufbauphase keine abstrakten Diskurse. Die Erwartungen der Menschen beginnen bereits vor der Proklamation: Arbeit, Wohnen, Nahrung, Bildung.

Die gesellschaftliche Wirklichkeit Israels läßt vermuten, dass der Diskussionsprozeß erst dann einsetzt - und damit innergesellschaftliche Konflikte - wenn Politik den Rahmen für einen Staat Palästina festgelegt hat. Ähnlich wird es in der Autonomie ablaufen. Kein politischer Vertreter

in Ramallah oder Gaza wird es wagen öffentlich einzugestehen, dass ein Staat Palästina auf unabsehbare Zeit ohne israelische Hilfe nicht lebensfähig wäre. Die Illusion, mit der Proklamation eines Staates Palästina hätten beide Seiten ihre Probleme weitgehend gelöst, ist verbreitet und wird zeitweise geschürt.

Gleichwohl hat Israel keine Alternative. Der lebensfähige Staat Palästina ist Garant für die Existenz des jüdischen Staates.

Gegebene Parameter zwingen Israel sich zu entscheiden

Über allem thront der Zeitfaktor. Die israelische Politik kann es sich nicht leisten, die demographischen Aussichten zu ignorieren.

Die Vorstellung, durch eine Masseneinwanderung die Demographie zu besiegen, kam ernsthaft nicht als Lösungsfaktor herhalten. Wenn die Bevölkerungswissenschaft von etwa zwanzig Jahren spricht, in denen sich die Mehrheitsverhältnisse verschieben, hat Politik bei realistischer Betrachtung zehn Jahre um den Prozeß einer Staatsgründung zu vollziehen. Man empfindet das als langen Zeitraum. Der Blick auf den ungelösten Problemkorb hingegen läßt ahnen, dass dieser Zeitrahmen für beide Seiten eng ist.

Einerseits hat Israel aus existentiellen Gründen des jüdischen Staates keinen unbefristeten Entscheidungsspielraum. Andererseits drängt die soziale Wirklichkeit in der Autonomie zur Eile. Es ist müßig dem Versuch zu erliegen eine Analyse zu wagen wer gejagter von beiden ist.

Ob die Wahlsieger von Ramallah und Gaza bereits willens sind sich diesen Realitäten zu stellen, erübrigt die Frage ob sie dazu fähig sind? Die Hamas-Organisation muß zunächst zur Partei mutieren und ihre Grundlage - die Zerstörung Israels und die Anwendung von Gewalt - verlassen. Der dafür nötige Zeitrahmen geht beiden Seiten verloren. Auch bei dieser Tatsache ist es müßig zu analysieren welcher Seite diese verlorene Zeit mehr schadet.

Die jüngsten Parlamentswahlen in Israel signalisieren, dass nicht mehr davon ausgegangen werden darf, dass eine Mehrheit daran festhält, den Rückzug aus den besetzten Gebieten fortzusetzen. Öffentliche Kundmachungen jetziger Regierungsmitglieder geben Anlass zu größter Besorgnis.

Premierminister Netanjahu erklärte, dass er den Bau in der Westbank einfrieren werde, aber vorher werde er hunderte neuer Wohneinheiten genehmigen. Die USA antworteten postwendend: „Das werden wir nicht absegnen.“

Die israelische Zeitung „Haáretz“ kommentierte, dass der Premierminister plane, einen weitläufigen Bau in der Westbank zu genehmigen, der sich den 2500 Wohneinheiten anschließen soll, die sich schon im Bau befinden, bevor er das Einfrieren verkündet.

Obwohl es sich keineswegs um einen Baustop handeln wird, bereiten sich die Falken des Likud schon auf Protestmaßnahmen vor, um bereits gegen eine mehrmonatige Pause bei den Baumaßnahmen zu protestieren.

In diesen Zusammenhang gehört auch folgende Äußerung des Premierministers: „Wir benötigen in den besetzten Gebieten Krankenhäuser, Kindergärten, Schulen und Friedhöfe für die israelische Bevölkerung.“

Eine solche Aussage signalisiert alles andere als Bereitschaft die Westbank zu räumen.

Unmittelbar nach seinem Amtsantritt als neuer Außenminister Israels erklärte Liebermann, er sei dem Annapolis-Prozess nicht verpflichtet. Den Präsidenten des vielleicht wichtigsten Staates für Israel im Nahost-Prozess, den ägyptischen Staatschef Mubarak, beleidigte Liebermann auf besondere Art: Wenn Mubarak nicht nach Israel kommen wolle, „dann soll er zum Teufel gehen“. Und er drohte den Assuan-Staudamm zu sprengen.

Die innenpolitische Entwicklung Israels verdrängt zur Zeit die Frage, wann sich die palästinensische Seite selbst eine Grundlage schafft um Verhandlungspartei sein zu können. Je länger es aber dauert, je mehr wird Israel Fakten schaffen, die kaum als Verhandlungsgegenstand noch einmal aufgerufen werden. Hier wirkt der Zeitfaktor zu Ungunsten der Autonomie.

Es ist bekannt, dass der ehemalige Premierminister Olmert und der Präsident der Autonomie, Abu Masen, konkrete Gespräche, ja Verhandlungen, über einen Finalstatus geführt haben. Stimmen aus dem Umfeld von Abu Masen haben wiederholt bestätigt, dass es sich um ernste Gespräche handelte.

Von einem Treffen Olmerts mit einer Delegation des amerikanischen Kongresses hörte man, dass Israels Premier ausdrücklich bestätigt hat, die

zentralen Probleme des Konfliktes zu erörtern. Zitat Olmert: „Damit wir uns auf Prinzipien einigen, die zur Gründung eines palästinensischen Staates an der Seite Israels führen werden: Grenzen, Flüchtlinge, Austausch von Gebieten, die Passage zwischen der Westbank und dem Gaza-Streifen sowie die Art der Beziehungen zwischen Israel und dem Palästinenserstaat.“

Anerkennung ist eine grundlegende Kategorie der Staatenwelt. Auf ihr ruhen alle Begriffe des Rechts, des regulierten Handels untereinander, nicht zuletzt auch der Kriegführung (Professor Dan Diner).

Das Verhältnis zwischen Israel und Palästinensern ist von einer chronischen Konstellation der Nichtanerkennung geprägt. So formuliert es der israelische Wissenschaftler Dan Diner.

Nicht zuletzt deshalb kommen immer mehr Beobachter der Region Naher Osten zu der Überzeugung, dass die beiden Akteure - Israel und Palästinenser - es alleine nicht schaffen, den Konflikt zu lösen. Hilfe ist geboten. Wenn beiden Akteuren die Zwei-Staaten-Lösung abgefordert werden muss, definiere ich auch dieses als Hilfe.

Zu den einfachen Wahrheiten gehören zwei Sachverhalte:

1. Israel muss erkennen und akzeptieren, dass ein sofortiger Baustop in den Gebieten für die palästinensische Seite grundlegend ist.
2. Die Palästinenser müssen erkennen und akzeptieren, dass die sofortige Einstellung von Terror und Gewalt für Israel genau so grundlegend ist.

Die Schlüsselrolle einer Einflussnahme gegenüber Israel liegt ohne Zweifel bei den Vereinigten Staaten. Eine wichtige Moderatorenrolle fällt der Europäischen Union zu.

Gegenüber den Palästinensern liegt der Schlüssel bei mehreren Akteuren: Ohne Rangfolge nenne ich Ägypten, Jordanien, Saudi-Arabien und Syrien. Moderatoren sind Russland und China.

Das neu formulierte Engagement der USA, die nicht zu überhörende Änderung der Rhetorik und der damit zum Ausdruck gebrachte unbedingte Wille einen Kompromiss, eine Verhandlungslösung zustande zu bringen, lassen hoffen, dass die neue israelische Regierung ihre inakzeptablen Positionen aufgibt.

Nachdem der palästinensische Präsident Abbas die Zustimmung der PLO erhalten hat, sind Israel und die Palästinensische Autonomiebehörde nach monatelangem Verhandlungsstillstand nun bereit, indirekte Friedensgespräche unter Vermittlung der USA aufzunehmen.

Die Gespräche, die mit Hilfe des Nahostgesandten George Mitchell geführt werden, sind zunächst auf vier Monate beschränkt. Schon vor Beginn zeigten sich israelische Regierung und palästinensische Führung wenig optimistisch.

In Israel kritisierte Verteidigungsminister Barak andere Kabinettsmitglieder, sie würden mit ihren Äußerungen den Friedensprozess gefährden. Dies galt unter anderem Außenminister Liebermann, der zuvor verneint hatte, dass es einen Baustopp in Ostjerusalem gebe und behauptete, alle Gesten Israels seien von den Palästinensern „mit einem Schlag ins Gesicht“ beantwortet worden.

Der internationale Konflikt mit dem Iran stellt sich für Israel als zusätzliche existentielle Bedrohung dar. Die Möglichkeit von Atomraketen angegriffen zu werden, wird nicht als abstraktes Szenario empfunden. Die iranische Grenze ist nur wenig mehr als tausend Kilometer entfernt. Der Frontalangriff des iranischen Präsidenten gegen die Existenz Israels wird in ihrer Dimension einem Deutschen klarer wenn er sich vorzustellen vermag, dass es um eine Entfernung von Kiel bis München geht.

Eine Gesellschaft, deren Existenz von Nachbarn fortwährend in Frage gestellt wird; eine Gesellschaft, deren Entstehungsgeschichte die Verbrechen des Holocaust begleitet; eine Gesellschaft, die in ihrer jungen Geschichte sechs Angriffskriege erlebte, sozialisiert sich anders, als wir Europäer es uns „leisten“ dürfen.

Der „Count-down“ hat längst begonnen. Gleichwohl benötigt die Region viel mehr Zeit als Europäer und die USA gegenwärtig intellektuell bereit sind einzuräumen. Den Berg von Problemen politisch einer Lösung zuzuführen ist das eine; religiöse Fragen damit zu verknüpfen oder sie auszuklammern, das andere.

Wer von einer Finallösung bei solcher Gemengelage ausgeht, muß acht geben, dass er nicht durch einen Alptraum geweckt wird.

Die Demographie grenzt den Zeitrahmen für Israel ein. Die soziale Lage der Palästinenser setzt deren Zeitrahmen Grenzen. Auf den Zeitfaktor zu setzen bringt keiner Seite einen Vorteil. Alle Zeit wird dringend gebraucht Lösungen zu erarbeiten und umzusetzen. Beide Bevölkerungen aber haben keine Zeit zu warten.

Untersteichungen aus dem Manuskript von Dreßler

Frieden ohne Freiheit ist kein Frieden!

Thesen zum Abschluß des Seminars

Vortrag von Peter Juling

Ich möchte an diesem Pfingstmorgen kein ausgefeiltes und nach allen Seiten ab- und ausgewogenes Referat halten, sondern nur einige Thesen aus einer, meiner liberalen Sicht „in den Raum“ und zur Abschlußdiskussion stellen. Keine Angst: Es sind keine 95 Thesen wie bei Luther, sondern nur 17.

1. Es gibt keinen „Anspruch auf Frieden“, wie unser Seminarthema etwas plakativ suggeriert, genausowenig wie es ein Recht auf Frieden oder ein Recht auf Arbeit gibt. Frieden kann man nur wünschen.

2. Es gibt natürlich, vor allem bei allen vernünftigen Menschen, den Wunsch nach Frieden: vom Familienfrieden angefangen über den Stadt- und Landfrieden bis hin zum weltweiten Friedenswunsch. So hat denn auch US-Präsident Obama in seiner Friedensnobelpreisrede 2009 wohl im Hinblick auf Afghanistan zurecht erklärt: „Ich verstehe, daß Krieg nicht populär ist. Aber ich weiß auch: Der Glaube daran, daß Frieden wünschenswert ist, reicht nicht aus.“ Für den Frieden muß man also etwas tun

3. Frieden setzt Tatkraft und Geisteskraft voraus. . Es kommt dabei immer auf die Dimension des vorliegenden Konflikts an. Mit Tatkraft war früher nur Rüstung gemeint. „Wenn du Frieden haben willst, mußt du zum Kriege rüsten“, wußten schon die alten Römer. Das ist noch heute der Kern der Rüstung, vor allem bei der Atomrüstung. Frieden durch Abschreckung. Aber soll das immer so bleiben?

4. Wozu Abschreckung, wenn die alten Feindbilder des Kalten Krieges verschwunden sind? Stellen die zweitklassigen Atomkräfte eine Gefahr für uns dar? Es ist dringend notwendig, weitere atomare Rüstung abzubauen, wie es die USA und Rußland vereinbart und begonnen haben. Auch ist es nötig, den Kernwaffensperrvertrag auf weitere Staaten auszuweiten und damit die Zahl der Atomkräfte begrenzt zu halten. Und es ist auch wichtig und richtig, die in Deutschland stationierten taktischen Atomwaffen der USA abzuziehen. Wir brauchen sie nicht; sie sind eher ein Gefahrenpotenzial.

5. Frieden darf aber auch nicht nur ein Lippenbekenntnis oder eine Propagandaformel sein,

wie es in unserer Vergangenheit die deutschen Kommunisten in den 50er bis 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts als Mittel zum Zweck betrieben haben. Mit ihrem ständigen Appell an den Frieden wollten sie doch nur von ihrem aggressiven Politik der Unterdrückung ablenken und ihre SS-20-Atomraketen zu friedlichen Palmenzweigen umfrisieren. Mit dieser Art von „Gehirnwäsche“ und dem Schlagwort vom „Frieden“ sollte nur jeder politische Widerstand gebrochen werden. Noch schlimmer war die Suggestivaufforderung, „für den Frieden zu stimmen“, wenn es nur darum ging, mit der Einheitsliste die SED-Diktatur zu festigen. Die Lehre aus dieser Zeit: Frieden ist kein Kampfbegriff, sonst verkommt damit auch der Frieden.

6. „Den Frieden kann man leider nicht herbeireden, den Krieg aber schon“, hat einmal Golo Mann gesagt. Und auch schon Goethe wußte: „Manches Herrliche der Welt ist in Krieg und Streit zerronnen. Wer beschützt und erhält, hat das schönste Los gewonnen.“ „Die Menschheit muß dem Krieg ein Ende bereiten, sonst wird der Krieg der Menschheit ein Ende bereiten“, gehört zu den Vermächtnissen John F. Kennedys. Karl-Hermann Flach formulierte das so: „Wo kein Leben ist, kann sich auch keine Freiheit mehr entwickeln.“

7. Frieden setzt Vertrauen voraus und erfordert geradezu Gesprächsbereitschaft. Mit den Worten Albert Einsteins: „Letzten Endes beruht jedes friedliche Zusammenleben der Menschen in erster Linie auf gegenseitigem Vertrauen und erst in zweiter Linie auf Institutionen wie Gericht und Polizei; dies gilt ebenso für Nationen wie für Individuen. Das Vertrauen aber gründet sich auf eine loyale Beziehung des ‚Gebens und Nehmens‘.“ Das ist im Grunde nichts anderes als Entspannungs- und Vertragspolitik. Kants Vision „Vom ewigen Frieden“ konnte erst nach dem Ersten Weltkrieg durch den Völkerbund realistische, aber noch unvollkommene Formen annehmen. Nach dem Zweiten Weltkrieg und im Zuge des anschließenden Kalten Krieges fanden die Vereinten Nationen erste Ansätze für wirklich friedenssichernde Maßnahmen. Die Mittel des UN-Sicherheitsrates sind aber noch zu wenig entwickelt und von dauerhaftem Erfolg gekrönt. Doch gibt es dazu keine Alternative.

8. Das erfolgreiche deutsche Beispiel: Seit 1969 war es erklärte Politik der Bundesregierung, wenn sie das Ziel der deutschen Einheit in Freiheit nicht aufgeben und den Menschen in der

DDR helfen wollte, die salopp gesagt im Gefängnis lebten, mit den Gefängnisdirektoren zu sprechen, zu verhandeln und schließlich Verträge zu schließen. Daran führte kein Weg vorbei, wenn man vorankommen wollte. Rüstung und Nachrüstung mit der einen Hand, Verhandlungen und Vertragspolitik mit der anderen Hand - beides bildete das Gesamtpaket und das Erfolgsrezept, mit dem schließlich 20 Jahre später der Weg zur Überwindung des Ost-West-Konflikts und der Weg zur deutschen und europäischen Einigung erfolgreich beschritten werden konnte. Das hat nicht die Friedensbewegung erreicht! „Möglicherweise hat die harte Haltung des Westens in der Raketenfrage auch zum späteren wirtschaftlich-politischen Zusammenbruch der UdSSR beigetragen“, heißt es etwas zähneknirschend im Geschichtsband „Schlaglichter der deutschen Geschichte“ von Helmut M. Müller. Ja, es war so! Dabei hätten es einige lieber, daß die Massendemonstrationen und -proteste der Friedensbewegung Positives bewirkt hätten. Aber an dieser Legende, wird weitergestrickt.

9. Auch bei Demonstrationen und Protesten ist Gewalt kein Mittel, das zu rechtfertigen ist. Der nun schon „traditionelle“ Krawall-1.-Mai in Hamburg und Berlin hat gezeigt, daß „das dümmlich-dumpfe Ritual der Randalie“ (Holger Möhle im Bonner General-Anzeiger) auch nicht den Anschein eines politischen Bekenntnisses aufweist: „Hinter dem Krawall verbirgt sich kein Anliegen. Es geht allein ums Zerstören.“

10. Von Gewalt, Krawall und Randalie um jeden Preis gegen Sachen und Personen - wobei Polizisten nicht als Personen gesehen werden - trennen uns Liberale ganze Welten.

Aber auch von den friedlichen Pazifisten unterscheiden wir uns eindeutig. These 11 der Marienberger liberalen Grundsätze des Liberalen Studentenbundes Deutschlands 1952 lautet: „Die liberale Forderung nach äußerem Frieden unterscheidet sich vom Pazifismus durch die aus innerer Bereitschaft geborene Pflicht zur Verteidigung der Freiheit“ Dazu folgende persönliche Anmerkung: Der Entwurf zu den liberalen Grundsätzen entstand in Berlin, die erste Formulierung der 11. These schrieb ich allein bei mir zu Hause, und ich erinnere mich noch, wie ich nach Niederschrift dieses einen Satzes überlegte, was ich noch hinzufügen könnte oder müßte. Aber es war alles gesagt. Klar war mir und uns Liberalen in Berlin, daß die Liberalen keine Pazifisten, sein konnten und durften, wenn sie nicht die Freiheit aufs Spiel setzen wollten! Dazu muß man den damaligen politischen Hintergrund in Berlin kennen. Ich bin ein 1945er oder besser 1948er,

das soll heißen: Mein politisches Bewußtsein entwickelte sich als 14- bis 17jähriger mit dem Kriegsende, dem totalen Fiasko des Dritten Reiches, in dem ich aufgewachsen war, und danach mit der wachsenden Konfrontation zwischen den Sowjetrussen und den Westmächten, zwischen der SED und den demokratischen Parteien SPD, CDU und FDP. Ich war drei Tage nach der bombastischen undemokratischen Gründung der DDR durch die allein bestimmende SED und ihre Besatzungsmacht als Ostberliner - wohnhaft in Pankow - in die westberliner FDP engetreten, aus Protest gegen diese Staatsgründung von Stalins Gnaden. Ich erlebte die Blockade Westberlins durch die Sowjets sozusagen vor der Haustür. 1952 kann dann die westliche Ohne-mich-Bewegung hinzu, die ich angesichts der täglichen sowjetischen Bedrohung nicht billigen konnte. Also auch nicht den Pazifismus. Denn Schiller hat recht: „Es kann der Frömmste nicht im Frieden bleiben, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt.“ Das heißt aber nicht, daß der Liberalismus den Krieg bejaht.

11. Im Gegenteil: Flach erklärt in seiner Streitschrift „Noch eine Chance für die Liberalen“ unmißverständlich: Der Liberalismus ist „kriegsfeindlich“ und fährt fort: „(Krieg zwingt jede Partei zu derart konzentrierter Gewaltsteigerung, daß auch die Freiheit der Freiheitsverteidiger in Gefahr gerät, zu ersticken. Das Gleiche gilt für die Gewaltanwendung überhaupt. Gewalt trifft Gerechte und Ungerechte, Schuldige und Unschuldige, Beteiligte und Unbeteiligte. Gewalt produziert Gegengewalt und zwingt die Gewaltanwender zu ständiger Gewaltsteigerung, so daß am Ende das Mittel der Gewalt den Zweck der Gewaltanwendung bei weitem übersteigt.“ Flach führt weiter aus: „Auf der anderen Seite gibt es ein Recht auf Notwehr. Es besteht für Staatengemeinschaften und für Staaten ebenso wie für gesellschaftliche Gruppen und Individuen. Die liberale Ablehnung der Gewalt und das liberale Recht auf Verteidigung der Freiheit in Notwehr bilden einen Widerspruch. Klar ist für den Liberalen, daß Gewalt auf die Wahrnehmung des Rechts auf Notwehr beschränkt bleiben muß. Doch auch Notwehr birgt die Gefahr ihrer Überschreitung in sich, und selbst rechtmäßige Verteidigung unterliegt dem fatalen Gesetz ständiger Gewaltsteigerung. In diesem Widerspruch muß auch der Liberale leben. Der Liberalismus wird sich daher im Verkehr der Staaten und innerhalb der Gesellschaft stets um eine Entspannungsfunktion bemühen, um diesen Widerspruch zu relativieren.“

12. Selbstverteidigung ist ebenso persönliches Recht wie Pflicht des Staatsbürgers, die Vertei-

digung des Landes und der Mitmenschen einzuüben. Frieden ist auch eine Frage der Bildung. Das „Lernziel Frieden in Freiheit“ gehört vom Kindergarten über die Schule bis zur Wehrpflicht zur täglichen Übung. Verteidigung ist die eine Sache, Gewaltlosigkeit im Umgang mit den Mitmenschen zu lernen, die andere Sache. Gewaltlosigkeit ist ein Erfordernis unserer Zivilisation, erst recht in einer Gesellschaft, die aus Einheimischen und Fremden, Eingesessenen und Zugewanderten, Deutschen und Ausländern besteht. Frieden ist damit eine soziale und gesellschaftliche Aufgabe geworden. Auch deshalb schon muß in Bildung mehr investiert werden!

13. Zurück zum äußeren Frieden: Frieden ist dann bloße Abwesenheit von Krieg, wenn die politischen Rahmenbedingungen nicht stimmen. Nichts kann gefährlicher sein als ein „Friedhofsfrieden“. Frieden verlangt nach dem Primat des Politischen vor dem Militärischen ebenso wie nach dem Primat der Freiheit vor der Sicherheit. Frieden ist erst dann dauerhaft oder hat nur dann eine Chance, dauerhaft zu sein, wenn es heißt: Sicherheit durch Frieden und Freiheit. Der Dreiklang muß gewahrt und ausgewogen bleiben. Es gibt keine Sicherheit durch Unfrieden und Unfreiheit, aber auch keinen Frieden und keine Freiheit durch Unsicherheit.

14. Sicherheit durch Frieden ist nicht gegeben, wenn man sie nicht sorgfältig, umfassend und überlegt vornimmt. Der Traum vom Frieden in unserer Zeit war trotz zweier Weltkriege nach 1945 schnell wieder verflogen. Kriege, Konflikte, Bürgerkriege und Bedrohungen durch Terrorismus begleiten uns in vielen Teilen der Welt. Eine friedliche Welt bleibt wohl eine Utopie, fast müßte man sagen, weil und so lange es unfriedliche Menschen gibt. Konflikte wo auch immer zu lösen oder dauerhaft zu beenden, erfordern immer eine phantasievolle und beharrliche Politik. Jeder Konfliktfall liegt anders und kann deshalb auch nur anders geregelt werden. Dabei ist nachbarschaftliche Hilfe manchmal segensreich und erforderlich, aber nur wenn die Betroffenen damit einverstanden sind. Doch Terrorismus läßt sich nicht „regeln“, ihm kann und muß man nur mit aller Konsequenz, Härte und Vorbeugung begegnen. Dabei darf aber die Freiheit nicht aufs Spiel gesetzt werden.

15. Frieden kann und darf es nicht auf Kosten der Freiheit geben. Oft war die Mißachtung der Freiheit Auslöser des Unfriedens. Freiheit gehört zum Frieden wie auch Frieden nicht ohne Freiheit wirklicher Frieden ist. Freiheit und Frieden bedingen sich gegenseitig, gedeihen nur in Wechselbeziehung untereinander.

16. Freiheit wächst, wenn es zwischen den Staaten mehr Frieden gibt. Schon dadurch, daß alle Staaten finanzielle Mittel nicht mehr in die Rüstung stecken müssen und damit frei bekommen. Sie könnten die so ersparten Gelder für die friedliche, freiheitliche und soziale Entwicklung ihres Landes und ihrer Gesellschaft einsetzen. Auch der Waffenhandel könnte und müßte stärker eingeschränkt werden, um Konfliktmöglichkeiten woanders zu erschweren oder gar einzudämmen.

17. und letzte These: „Abrüstung“ gilt es auch im Innern des Staates voranzutreiben. Noch immer wundert sich der Normalbürger darüber, wieviele Waffen in unseren Wohnungen lagern - legal oder auch illegal - und wieviele Menschen unter uns Waffen, auch schwere, aller Art besitzen - legal oder illegal. Alle diese Waffen bedrohen unsere eigene persönliche Freiheit und Sicherheit - schon dadurch, daß wir es nicht wissen oder wissen können. Und ich kann mir nicht helfen: Muß eigentlich Gewalt gegen Menschen jeden Abend im „Krimi“, manchmal nacheinander, über den Fernsehbildschirm auf fast allen Kanälen propagiert werden? Gibt es denn keine andere Unterhaltung oder sehenswerte Informationssendung?

Mein Fazit schließt mit Worten meines geliebten Dichters und Schriftstellers Theodor Fontane. Er, der nur drei begrenzte Kriege, die wir als Bismarcks deutsche Einigungskriege bezeichnen, erlebte und selbst nicht aktiv mitmachte - sieht man davon ab, daß er als angeblicher „Spion“ kurzzeitig in französischer Gefangenschaft in tödlicher Gefahr war - , aber zeitlebens als wacher Beobachter die Geschehnisse seiner Zeit registrierte, schrieb in einem Brief im Jahre 1876 was auch heute nach rund 135 Jahren und wie ich meine immer gilt : „Friede und Freiheit. Je älter ich werde, je mehr empfinde ich den Wert dieser beiden; alles andre ist nichts.“

Ein Kommentar zum Vortrag „Frieden ohne Freiheit ist kein Frieden“

von David Bordiehn

Im Auf und Ab der Liberalen seit 1848 ist es von Zeit zu Zeit wohlthuend, Grundsätzlichkeiten zu formulieren und diese quasi als Thesen an die Domtür zu nageln, um einen konzentrierten Austausch zu erzwingen, der mit geschärften, konsensgestärkten Thesen dem „großen Diskurs“ neuen Schwung verleiht. Diese dankenswerte Aufgabe unternahm am Pfingstwochenende Peter Juling.

Im folgenden möchte ich mich daher punktuell im ersten Abschnitt mit den von Peter Juling vorgebrachten 17 Thesen „Friede ohne Freiheit ist kein Friede“ auseinandersetzen, die auf dem Pfingstkonvent des Verbandes Liberaler Akademiker am 23.5.2010 zur Debatte gestellt wurden. Im zweiten Abschnitt soll in knapper Reflexion eine mögliche Herleitung des Titelgebenden „Frieden ohne Freiheit ist kein Frieden“ angeboten werden.

Zum Veranstaltungsrahmen mag es genügen festzustellen, dass der Vortrag nicht nur gut besucht war, sondern im Ganzen Zustimmung fand, wie die lebhafteste Diskussion im Anschluss zeigte; denn allgemeiner Widerspruch blieb aus, vielmehr dienten die Detailfragen der notwendigen Präzisierung.

Warum „Frieden ohne Freiheit kein Frieden sei“ kann zunächst plakativ mit dem Buch von Stefan Wille aufgezeigt werden, der über die „Ära Honacker“ bereits im Titel urteilte: „Die heile Welt der Diktatur“. Was für ein Frieden! Um welchen Preis die heile Welt! Doch Peter Juling ging mit seinen Thesen noch weiter.

I

Der Referent zielte mitnichten nur auf die deutsche Geschichte oder Gesellschaft, sondern legte den Bogen bereits mit der zweiten These weit an, indem er konstatierte, dass vom kleinen Frieden bis hin zum Weltfrieden nur ein Prinzip gälte: Für Frieden muss sich tatkräftig eingesetzt werden. Denn, dass Frieden kein Zustand qua Naturgesetzlichkeit ist, mag Älteren einer herrschenden Meinung gleichkommen - ein generationenüberdauernder Friede (zumindest in der Bundesrepublik) lässt jedoch nicht zu unrecht befürchten, dass der Blick der Jugend für diese Problematik paradoxerweise eben dadurch ge-

trübt ist. Doch die Feststellung wird konsequent weitergedacht: Frieden sei nicht nur kein gegebener Zustand, so Juling, es gäbe nicht einmal einen Anspruch auf Frieden! Diese Provokation fegt müßiggängerischen Optimismus hinfort und verdichtet sich gleichsam zum Appell an die Jugend.

Da Frieden im Gegensatz zum Krieg nicht herbeigeredet werden könne,¹ erfordere die gestellte Aufgabe ein besonderes Maß an Tat- und Geisteskraft.² Wobei unterschieden werden müsse, dass Tatkraft nicht gleichzusetzen sei mit „Rüstung“ oder „Aufrüstung“, wie es so manche Staaten falsch interpretieren.³ Dieses von Juling damit klargestellte Mißverständnis hat Tradition, vorgeblich legitimiert durch antike Erfahrung - „si vis pacem, para bellum“! Da wurde Epaminondas, auf den dieser Satz wohl zurückzuführen ist,⁴ gehörig missverstanden. „Der Friede wird mit Krieg gewonnen“⁵, soll er gesagt haben und die Aufrüster haben wohl nicht weitergelesen, denn: „Im Namen der Muße rätst du ihnen zur Knechtschaft.“⁶ Dies enthält eben keine antike Aufforderung zur Aufrüstung und Führung friedenwahrender Präventivkriege, sondern zu Aufmerksamkeit und Übung, zum Abschütteln von Knechtschaft. Faulheit und mangelnde Tatkraft dürfen eben nicht in der Maskerade von „Frieden“ die Knechtschaft dulden lassen - und es deutet damit an, dass Frieden nicht um Knechtschaft erkaufte werden soll. So gesehen, steht Juling mit seiner These in langer Tradition, doch erweitert er diese kühn, wenn er kategorisch ausschließt, dass Frieden durch Knechtschaft resp. Unfreiheit überhaupt gekauft werden kann. Wem der moralische Anspruch Epaminondas' man solle nicht Frieden gegen Freiheit tauschen

1 Juling, These 6.

2 Juling, These 3.

3 vgl. Juling, These 3.

4 In der überlieferten Form „si vis pacem...“ ist der Satz für die Antike nicht belegt. Nach Rückfrage zitiert Juling Vegetius (um 400 n.Chr.). Dort (epitoma rei militaris, III, Vorwort) ist der Satz als Aufforderung an den Kaiser im Kontext des untergehenden Römischen Reiches, der zunehmenden Grenzverletzungen und Disziplinlosigkeit des Militärs zu verstehen („pertinent military issues“, Charles 2007). Vegetius bezieht sich dabei auf eine nicht näher belegte antike „spartanische Kriegslehre“. Bei aller gebotener Vorsicht könnte der durchaus geläufige Epaminondas (Nepos Rezeption!) hier Pate gestanden haben, wobei dann die Intention des Vegetius bereits einem Mißverständnis des Epaminondas Vorschub leistet.

5 „nam paritur pax bello.“ (Cornelius Nepos, Epaminondas, 5,4)

6 Cornelius Nepos, Epaminondas, 5,3f.

- nicht Unterstützung genug ist, der findet eine Entscheidungshilfe in der Absolutsetzung der Unvereinbarkeit von Frieden und Unfreiheit durch Jüling - selbst wenn jemand wollte, er könnte Frieden nicht durch Unfreiheit erkaufen.

Dass Friede und Unfreiheit sich ausschließen⁷, folgert Jüling aus der Erkenntnis, dass Friede nicht auf Kosten der Freiheit bestand haben könne;⁸ „Frieden ohne Freiheit muss zerfallen“, ließe sich also prägnant formulieren.

Das antike „man soll gerüstet sein“⁹ ist daher zu verstehen als eine stetige Aufmerksamkeit gegenüber freiheitseinschränkende Entwicklungen - und nicht etwa zum Krieg. Geübt und gerüstet zur Verteidigung ist die Losung.

Denn obgleich der Liberalismus grundsätzlich kriegsfeindlich ist,¹⁰ nicht zuletzt durch Karl Hermann Flach begründet,¹¹ findet der Liberalismus gemäß Jüling (s)eine Position zwischen Krieg und Pazifismus. Ohne Krieg zu bejahen, erfordert der Wunsch nach Freiheit nämlich die innere Entscheidung zur - wenn nötig sogar gewaltsamen¹² - Verteidigung derselben.¹³ Die Verteidigung der Freiheit wird konsequent zur Pflicht, denn nur eine geschützte Freiheit kann Frieden überhaupt ermöglichen.¹⁴

Die Gefahr besteht jedoch jederzeit darin, durch die Absolutsetzung des Zieles „Frieden“ eben diesen Begriff zu missbrauchen. Jüling weist dezidiert darauf hin und kann zwar leider kein Patentrezept anbieten, jedoch zur Aufmerksamkeit raten. Zweifler mögen letzte Überzeugungen gewinnen durch Betrachtung der kommunistischen Diktatur(en) und deren Missbrauch des Friedensbegriffes zur Niederringung der Freiheit.¹⁵ Im Übrigen weist diese Beobachtung auf ein besonderes, facettenreiches Problem hin, dem seit jeher mit einem humanistischen „der Zweck heiligt nicht die Mittel“ zu entgegnen und dessen gesellschaftliche Sprengkraft damit

zu entschärfen versucht wird. Denken wir beispielsweise an Entwicklungen, die im Namen, ja vielmehr Maskerade von „Terrorismusbekämpfung“, „Klimaschutz“ und sogar „Europa“ vorangetrieben wurden und werden. Die Apotheosis des Guten birgt die Gefahr der Pervertierung.

Wer einen dauerhaften Frieden wolle, brauche einen langen Atem, so Jüling. Nur durch beharrliche Politik könne nachhaltige Veränderung geschaffen werden. Als Beispiel zieht er dafür die Ostpolitik der Bundesrepublik seit 1969 heran, die schließlich zur Wiedervereinigung führte.¹⁶ Als aktuelles Beispiel verweist Peter Jüling auf die Terrorismusbekämpfung, bei der ebenfalls ein langer Atem nötig wäre - wobei er auf eine zu berücksichtigende Besonderheit hinweist: Vertraglich, also nach Vorbild des Annäherungskurses an den kommunistischen Block, kann dem Terrorismus aufgrund dessen spezifischer Eigenschaften, nicht begegnet werden.¹⁷

II

Warum aber ist Frieden ohne Freiheit kein Friede?

Freiheit ist undenkbar ohne die Freiheit Konflikte auszutragen. Ein Friede, der diese Freiheit nimmt, negiert naiv die Untilgbarkeit von Antagonismus¹⁸ oder er tritt zwangsläufig freiheitunterdrückend auf. Im ersten Falle ist Friede nicht dauerhaft, da er bereits am Axiom scheitert, dass eine Gesellschaft auf Basis individueller Entfaltung und daher immanenter Heterogenität unmöglich konfliktfrei sein kann, im zweiten Fall wird als Frieden etikettiert, was schlicht als Friedhofsfriede einer Diktatur bezeichnet werden muss. Weniger Dogma als vielmehr tragischer Empirismus ist nämlich die Erkenntnis, dass, solange es Individuen gibt, es Interessenskonflikte geben wird.¹⁹ Konflikt lässt sich nur mit der Ausschaltung des freien Willens und somit einem wesentlichen Teil der Freiheit des Individuums aus der Gemeinschaft bannen.

7 Jüling, These 15.

8 Jüling, These 13 stellte bereits eine Dauerhaftigkeit von Frieden, der auf Kosten der Freiheit besteht, in Frage. Begründet hat Jüling die These nicht, sie bleibt zumindest im Vortrag dogmatisch. Deduzieren ließe sich: Einschränkung von Freiheit erzeugt immer auch Gegenwehr, welche den erzeugten Frieden wiederum gefährdet.

9 Cornelius Nepos, Epaminondas, S.4.

10 Jüling, These 11.

11 Vgl. K.H. Flach, kleiner liberaler Katechismus.

12 Ein Differenzierung des Gewaltbegriffes nahm Jüling insofern bereits in These 9 vor, als er zumindest „Krawall“ als inakzeptabel ausschloss. Extremen der Linken, Rechten und den Liberalen graduell verwandten Anarchisten wird somit die Legitimation auf „Straßenkampf“ entzogen.

13 These 10.

14 These 12.

15 These 5.

16 Der Anteil dieser Politik am Ergebnis wurde im Vortrag hervorgehoben und zugleich die „Legendenhaftigkeit“ des Anteils der Friedensbewegungen an demselben auf das Schärfste zurückgewiesen. Zur Schwierigkeit der „Erfolgszuweisung“ am Zusammenbruch der DDR vgl. zuletzt im Überblick: Beate Ihme-Tuchel, Kontroversen um das Ende der DDR - Wende, Implosion, Revolution oder „Refolution“, In: dieselbe, Die DDR, Reihe Kontroversen der Geschichte, Darmstadt (WBG) 2010, S. 73-89.

17 These 14.

18 Ein Vorwurf von Chantal Mouffe gegenüber dem Liberalismus, vgl. Chantal Mouffe, Über das Politische, Frankfurt (suhrkamp) 2007, S. 17.

19 Ergibt sich auch aus: „Der Liberale hält die menschliche Unvollkommenheit für immer gegeben...“. Aron, Raymond, Opium für Intellektuelle, S. 340.

Es ließe sich dieser Aufgabe mit der zwölften These von Jüling entgegenreten, denn diese überführt „Friede“ in eine soziale Aufgabe. Gemäß dem Denken, dass Interessenskonflikte durch transparente Kommunikation zwischen rationalen Teilnehmern beseitigt werden können, empfiehlt Jüling „Bildung“ und meint damit in diesem Zusammenhang sicher nicht „alles, was man Wissen muss“ (Schwanitz), sondern die bereits griechische Vorstellung von Bildung als Erziehung des Geistes bzw. Charakters. Dieser Ansatz öffnet die Möglichkeit, dass unvermeidliche Konflikte um ihr soziales Destruktionspotential entschärft werden können. Neben den Extremen, der Unterdrückung auf der einen Seite und der ungezügelter Auslebung von Konflikten auf der anderen Seite, kann hier also ein dritter Weg aufgezeigt werden.

Ein Gesellschaftssystem, das die Freiheit der Austragung von Konflikten nicht zuläßt, kann nach liberaler Überzeugung keinen „Frieden“ im eigentlichen Sinne hervorbringen.

„Erziehung“ kann daher insoweit helfen, dass Konflikten eine legitime & möglichst gewaltlose - Ausdrucksweise gegeben wird, um deren konstruktivem Element die Entfaltung zu ermöglichen. Denn eine liberale Gesellschaft zeichnet sich durch die Fähigkeit aus, die existentielle Uneinigkeit der Individuen zu integrieren und sie kann sogar so frei sein, überhaupt die Möglichkeit einer Konsensbildung ganz in Frage zu stellen und dennoch in Frieden zu existieren.²⁰

Ein freiheitlicher Frieden kann also nicht nur in stetiger Auseinandersetzung gedacht werden, sondern er besteht gerade erst durch dieselbe. Frieden ohne Freiheit ist kein Frieden. q.e.d.

20 Im Gegensatz zu Habermas, der in der Abkehr vom Ziel der Konsensbildung sogar die Demokratie in Gefahr sah. Ganz im Gegenteil! (vgl. Habermas, S. 325.)

Literatur

Jüling, Peter, „Frieden ohne Freiheit ist kein Frieden“ – 17 Thesen, Vortrag (veröffentlicht in diesem Heft) Münster 2010.

Wolle, Stefan, Die heile Welt der Diktatur, Bonn 1999.

Ihme-Tuchel, Beate, Die DDR, Darmstadt 2010.

Mouffe, Charlotte, Über das politische, Frankfurt 2007.

Cornelius Nepos, Vitae, Leipzig 1893.

Aron, Raymond, Opium für Intellektuelle, Köln 1957.

Flach, Karl-Hermann, kleiner liberaler Katechismus, In: derselbe, Die Zukunft der Freiheit, Frankfurt 1971.

Habermas, Jürgen, Die Einbeziehung des anderen, Frankfurt 1996.

Liessmann, Konrad Paul, Theorie der Unbildung, München 2008.

Charles, Michael B., Vegetius in Context, Stuttgart 2007.

Rezension des Vortrags „Brennpunkt Naher Osten“

von Uwe Kirmse

Am Sonnabend Vormittag wurde eine politische Konfliktlage besprochen, die für Deutschland eine besondere Brisanz besitzt. Unter dem Titel *Brennpunkt Naher Osten – Israel und die palästinensische Autonomie* stellte Rudolf Dreßler seine ganz persönlichen Erlebnisse vor. Dreßler war 19 Jahre lang für die SPD Mitglied des Deutschen Bundestages und im Arbeitskreis Sozialpolitik war er stets auch für die Israelpolitik verantwortlich. Von 2000 bis 2005 war er dann deutscher Botschafter in Israel. Die deutsche Botschaft ist eine der größten Vertretungen in Israel. Zur Zeit besitzen über 100 000 Einwohner des Landes einen Deutschen Pass und schon allein daher ist ein gewisser Verwaltungsapparat erforderlich.

Dreßler zeigte sehr sachliche Inhalte auf, die er mit teils sehr persönlichen Berichten verdeutlichte. In ruhiger Weise redete er beispielsweise über ein Ehepaar, das sämtliche Familienangehörige unter den Nationalsozialisten verloren hat und nach Jahrzehnten ausgerechnet mit ihm zum ersten Mal wieder auf Deutsch redete. Auf Nachfrage erklärten das Ehepaar ihm, dass er als offizieller Vertreter Deutschlands geradezu die Personifikation ihres Heimatlandes ist.

Ebenso sachlich und eindringlich erzählte der von einem hohen israelischen Militärangehörigen. Dreßler erklärte diesem, dass er -je länger er in Israel lebt- feststellen muss, dass die Israelische (Außen-)Politik keine Strategie zu haben scheint. Die das Publikum überraschende Antwort des Militärs darauf war: „Sehen Sie, das ist Unsere Strategie. Keine zu haben.“

Unbedingt erwähnt sein sollte noch die Antwort eines deutschen Polizisten, welcher das Botschaftsgebäude schützen soll. Dreßler fragte ihn, ob es nicht manchmal schwierig sei, in Israel öffentlich mit einer deutschen Uniform rumzulaufen. Der wohl „schwersten Übergriff“, den dieser Polizeibeamte berichten konnte, war ein Herr, der ihn auf die Schulter klopfte und fragte, welchen Dienstgrad denn die Sterne auf seiner Schulter bedeuteten.

Diese Darstellungen waren zwar höchst subjektiv, aber verdeutlichten die Situation des Landes und seiner Einwohner trotzdem in einer angemessenen Weise. Auch bei der folgenden Fragerunde, welche der Präses des VLA, Michael Daemgen, moderierte, antwortete Dreßler in der gleichen Art und überzeugte damit sein Publikum, welches ihn mit langen Applaus verabschiedete.

Rezension des Vortrags „Der Westfälische Frieden“

von Olaf Schulz

Zur passenden Einstimmung auf unseren Tagungsort und zur geeigneten Einführung in das VLA-Pfingstseminar „Anspruch auf Frieden“ hielt **Dr. Dirk Maczkiewitz** den ersten Vortrag im Rahmen unseres Programms. Sein Thema *„Der Westfälische Frieden. Historische Rückschau und Beispiel für Konfliktlösung, Friedenssicherung und Konsens durch Verhandlung“* versprach genug Anregung zu Diskussion und Austausch am ersten Abend zu liefern.

Der Referent schildert den Verlauf des **Dreißigjährigen Krieges**, der als Aufstand protestantischer, böhmischer Aristokraten gegen das Erzhaus begann und durch das sukzessive Eingreifen ausländischer Monarchen zu einem europäischen Spektakel wurde.

Böhmisch-Pfälzischer Krieg (1618-1623), **Dänisch-Niedersächsischer Krieg** (1623-1629), **Schwedischer Krieg** (1630-1635) und **Schwedisch-Französischer Krieg** (1635-1648) heißen die blutigen Etappen jenes Waffenganges. In seinen Ausführungen

legt Maczkiewitz dar, daß der sogenannte „Westfälische Frieden“ aus drei einzelnen Verträgen bestand:

1. Spanien und Republik der Vereinigten Niederlande
2. Heiliges Römisches Reich und Frankreich
3. Heiliges Römisches Reich und Schweden (worüber allerdings in Osnabrück konferiert wurde).

Maczkiewitz gliedert das Heilige Römische Reich nach 1648 in drei unterschiedliche Zonen. Zum einen das „kaiserferne Reichstagsdeutschland“ (also in etwa die heutige BRD), ein zumindest problematischer Begriff, da auch die anderen Regionen auf dem Reichstag in Regensburg vertreten waren, das „kaisernahe Deutschland“ der Habsburger, Erzherzogtümer etc., sowie eine „Reichsperipherie“, zu der er Böhmen und Schlesien genauso zählt, wie Reichsitalien und die habsburgischen Niederlande.

Der Referent, der selbst mit einer Dissertation über den Niederländischen Aufstand (**Dirk Maczkiewitz, *Der niederländische Aufstand gegen Spanien (1568-1609). Eine kommunikationswissenschaftliche Analyse, Münster 2005 (Studien zur Geschichte und Kultur Nordwesteuropas, Bd. 12)***) hervorgetreten ist, unterstrich in seinen Ausführungen, daß der Frieden von 1648 keineswegs die „nationale Katastrophe“ war, als die ihn die Historiographie des 19. und jüngeren 20. Jahrhunderts gerne dargestellt hat. Zwar gab es unter den deutschen Potentaten Verlierer, wie den unglückseligen „Winterkönig“ Friedrich von der Pfalz, der sowohl die böhmische Krone als auch seine angestammte Pfalz und den damit verbundenen Kurhut verlor, daneben Brandenburg, das Erzhaus oder das Papsttum, das seine Ambitionen in den Wind schreiben mußte.

Insbesondere der Blick auf die Gewinner erhellt uns jedoch die historische Szenerie in geeigneter Form. Die Reichsstände, also Reichsfürsten, weltliche wie geistliche, Reichsstädte (Verfasser verfertigt diese Zeilen gerade in der Freien Hansestadt Bremen, welcher der Kaiser 1646 endgültig die Reichsunmittelbarkeit bestätigte), Grafen und die Hochmeister der Ritterorden,

behaupteten ihre konfessionelle und politische Autonomie, was die föderale Struktur des „Alten Reiches“ stärkt und auf Dauer stabilisiert.

Frankreich und Schweden bildeten durch ihre Zuwächse an Territorien und Macht reichlich Reibungsfläche an Rhein und im Ostseeraum für die kommenden Jahrzehnte.

Maczkiewitz unterstreicht nicht zuletzt die Friedensfähigkeit dieses Staatsgebildes, das später als Monstrum und unglückseliges Phänomen geschmäht wurde, im Hinblick auf einer 150jährige Friedensphase, die mit den Umbrüchen der Revolutionskriege und der napoleonischen Epoche 1792/1794, 1799-1814/1815 ein jähes Ende fand. Zwar sind auch im späten 17. Jahrhundert und im 18. Jahrhundert immer wieder

Kriege geführt worden, doch für ganz Mitteleuropa wohl nie wieder so ruinös wie im „Teutschen Krieg“.

Der Friedensschluß zwischen den Niederlanden und Spanien (dessen Vertragsunterzeichnung das wohl bekannteste Bildnis zum Jahrhundertfrieden hervorgebracht hat) wird die Stadt Münster für das Selbstverständnis der Niederländer stets als einen „lieu de mémoire“ im holländischen Geschichtsbild bestehen lassen.

Was den Zeitgenossen des „Teutschen Krieges“, die die jahrelangen Verhandlungen in Münster und Osnabrück wohl sehnsüchtig verfolgten, der tatsächliche Friedensschluß bedeutete, mag die Inschrift eines Kupferstiches aus dieser leidgeprüften Zeit vermitteln - PAX OPTIMA RERUM - Frieden ist das Beste aller Dinge

Rezension zum Vortrag von Prof. von Bredow

Am 22. Mai hatten die Seminarteilnehmer zu Beginn des Tagesprogramms das Vergnügen, einem Routinier des deutschen Hochschul- und Wissenschaftsbetriebs ihre Aufmerksamkeit zu schenken. **Professor Dr. Dr. hc. Wilfried von Bredow** (Politikwissenschaftler, Universität Marburg, Jg. 1944) präsentierte eine detaillierte Darstellung des Themenkomplexes „*Konflikt und Kooperation in der internationalen Politik*“.

Der Referent hatte nach eigenem Bekunden vor 40 Jahren bei einer Veranstaltung der Theodor-Heuss-Akademie zum ersten Mal vor einem ausdrücklich liberalen Publikum gesprochen.



Nach einer grundlegenden Reflexion über dieses Thema kann niemand ernsthaft bestreiten, daß das Spannungsfeld Konflikt und Kooperation eine Grundkonstante menschlichen Zusammenlebens ist. In der internationalen Politik hingegen stellt diese die Menschheit seit Jahrhunderten vor entscheidende

Herausforderungen oder im Falle einer Eskalation vor Abgründe des Verderbens.

Der Referent verwies jedoch zugleich im Hinblick auf **Lord Dahrendorf**, für das Publikum nicht unpassend, auf die fördernden Kräfte, die Konflikten und Auseinandersetzungen auch innewohnen können. Ein kurzer Seitenblick auf Dahrendorfs Werk (*Der moderne soziale Konflikt*, Stuttgart 1992) sei hier durchaus erlaubt:

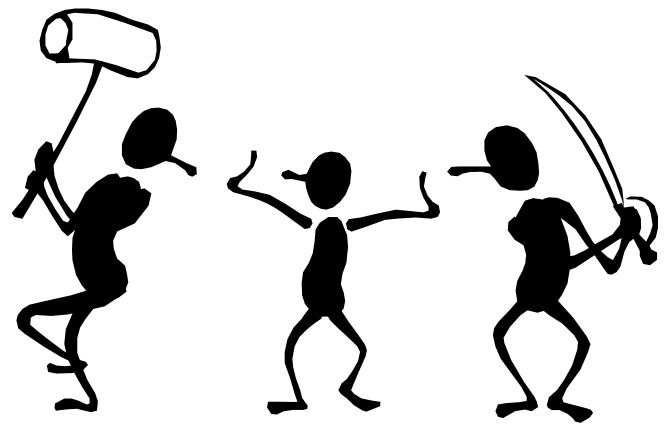
„Nicht in den Strukturen des Eigentums, sondern in der Ausübung von Macht und Herrschaft verortet Ralf Dahrendorf die Ursachen sozialer Konflikte. In Fortführung der Ansätze von Vilfredo Paretos Revolutions- theorie (implizit) und Max Webers Herrschaftstheorie (explizit) behauptet er 1957 die Universalität von Machtkonflikten mit einer differenzierten Verteilung von Herrschaftsrollen. Zwischen den herrschenden und den der Herrschaft unterworfenen Gruppen bzw. zwischen deren konfligierenden Interessen am Erhalt bzw. der Veränderung des Status quo wird ein Herrschaftskonflikt ausgetragen. Anders als im Marxismus kann ein Akteur gleichzeitig in mehreren Konflikten stehen: in einigen Rollen als machtvoll, in anderen als machtarm. Im sozialen Konflikt sieht Dahrendorf eine schöpferische Kraft, die den Wandel von Institutionen, Gruppen und ganzen Gesellschaften fördert. In späteren Schriften hat Dahrendorf den Herrschaftskonflikt zum Konflikt um die Erweiterung bzw. Verteidigung menschlicher Lebenschancen erweitert: Der moderne soziale Konflikt ist ein Antagonismus von Anrechten und Angebot [...]. Das ist immer auch ein

Konflikt zwischen fordernden und saturierten Gruppen. Nach den großen historischen Kämpfen um Bürgerrechte werde der Herrschaftskonflikt heute in Form des demokratischen Klassenkampfes innerhalb einer rechtsstaatlichen Ordnung und im Rahmen garantierter Bürgerrechte ausgeglichen. (Quelle: Wikipedia, Stichwort: **Konfliktsoziologie**.)

Der Ost-West-Konflikt schwelte Jahrzehnte und wurde schließlich ohne Gewalt aufgelöst, dadurch dass eine Seite durch innere Umwälzungen zusammenbrach. Unter der **Typologie der Konfliktbearbeitung** subsumiert der Referent **Auflösung, Verdrängung, Einzelfall-Streitschlichtung** und **allgemeingültige Regelung**. Konfliktauflösung kann sich in zweierlei Vorgängen manifestieren: einerseits der Niederkämpfung eines der Kontrahenten mittels Gewaltanwendung oder anderer Machtmittel andererseits schlicht und einfach durch den Wegfall der Streitursache. Ein bemerkenswertes Beispiel für eine **Einzelfall-Streitschlichtung** stellt der **Vertrag von Tordesillas 1494** dar, in dem Papst Alexander VI. zwischen den damals vorherrschenden Seemächten Portugal und Spanien einen Schiedsspruch verfügte. Er sollte eine bewaffnete Konfrontation zwischen diesen beiden damals bedeutendsten katholischen Mächten verhindern, indem er die Welt in eine portugiesische und eine spanische Hälfte aufteilte.

In einem weiteren Abschnitt fächerte von Bredow seine Erkenntnisse zur Pragmatischen Kooperation in folgende grundsätzliche Punkte auf: **Pragmatische Kooperation, Kooperation bei gleichen Interessen, Kooperation als Kompensations-Geschäft, Strukturell angelegte Kooperation** und **Integration**.

Für Kooperationen zwischen Staaten lassen sich unterschiedlichste Beispiele anführen. Gezielte bilaterale Wirtschaftsabkommen zur Förderung des Handels oder Durchführung konkreter technischer Projekte gehören ebenfalls dazu wie gemeinsame militärische Strukturen oder Einsätze. Eine grundlegende Definition des Begriffs kann dienlich sein, die Ausführungen von Bredows genauer zu verstehen und gegebenenfalls auch kritisch zu beleuchten.



„Kooperation (lat. cooperatio - „Zusammenwirkung“, „Mitwirkung“) ist das Zusammenwirken von Handlungen zweier oder mehrerer Lebewesen, Personen oder Systeme Kooperation führt häufig zum Nutzen für alle Beteiligten, aber es gibt auch erzwungene Kooperation und unter Täuschung zustande gekommene Kooperation, bei der eine Seite mehr oder alle Vorteile aus dieser Kooperation zieht.“

(Quelle: Wikipedia, Stichwort: **Kooperation**)

Integration ist nun für uns Europäer alles andere als ein Fremdwort, die Europäische Einigung ist ein Beispiel für das Zusammenwachsen von Staaten, das glückhafte Miteinander-Auskommen bei unterschiedlichen rechtlichen oder staatlichen Prägnungen.

Wilfried von Bredow hat es in seinem Vortrag nicht an Beispielen für Konflikte fehlen lassen: **Ost-West-Konflikt, Nord-Süd-Konflikt, Transnationale Terror-Netzwerke** und **Wasserkonflikte** als handfestes Beispiel für geostrategische Auseinandersetzungen. Ein auch in der anschließenden Diskussion von vielen Teilnehmern dankbar aufgegriffener Punkt ist der aktuelle Streit um das Nuklearpotential im Iran und Nordkorea. Der Referent wies daraufhin, daß die in dieser Frage angegriffenen Regierungen durchaus „rationale Verhaltensweisen“ an den Tag legen. Ob nun in diesem Punkt allgemeingültige Regelungen oder Einzelfall-Streitschlichtungen (à la Tordesillas) einen Erfolg bringen, wird sich in den nächsten Jahren hoffentlich erweisen.



Der letzte Punkt seines Vortrags, möge er über den Kreis der Tagungsteilnehmer hinaus doch als emphatischer Appell überall Gehör finden, behandelt die **Notwendigkeit und Chancen friedlichen Wandels**. Wie segensreich dieser sein kann, läßt sich zumindest an den aktuellen politischen Strukturen im vereinten Deutschland ablesen, das nach gebotenerem Rückblick auf die Ereignisse von 1989/1990 mit dem zurückgelegten Weg nicht unzufrieden sein kann.

Olaf Schulz, Bonn



Inhalt	Seite
Geburtstagsliste 3. Quartal 2010	III
Tobias Schneider zum Fünfundzwanzigsten	IV
Zum 45. Geburtstag von Claus-Joachim Dickow	V
Zum 85. Geburtstag	VI
Nachruf für Dr. Otto Lingesleben	VII
Leserbrief von Peter Juling	VIII
VLA und VSA: Weichen für eine Zusammenarbeit sind gestellt	IX



Der Rundbrief des VLA erscheint als Beilage der Liberalen Perspektiven. Das Rundbrief-Team für diese Ausgabe besteht aus: Corinna Groth, Heike Moser und Steffen Glöckler. Weitere Autoren sind: Brigitte Bremer, Helmut Dinter, Achim Groth, Liane Knüppel, Olaf Schulz und Martin Worch.

Das Rundbrief-Team freut sich über Anregungen und Kritik und natürlich ganz besonders über Leserbriefe an die LHG/VLA-Geschäftsstelle, Ackerstraße 3b, 10115 Berlin oder an die elektronische Adresse vla@liberale-akademiker.de.



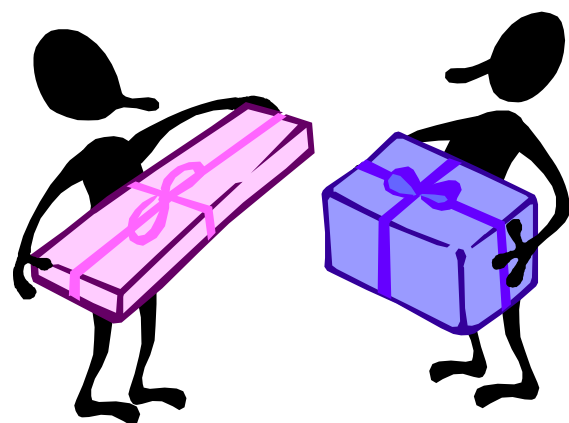
Tobias Schneider zum Fünfundzwanzigsten

Wenn es überhaupt gestattet sein sollte, bei Erwachsenen von Geburtstags“kindern“ zu sprechen, so trifft dies bei den Jubilaren, denen in dieser Ausgabe ausführlicher gratuliert wird, auf Tobias Schneider am ehesten zu, ist er doch den Kinderschuhen erst ein gutes Jahrzehnt entwachsen. Und dieses gute Jahrzehnt kann man getrost als gut für ihn bezeichnen. In dessen erster Hälfte stand der Schulabschluß im brandenburgischen Prenzlau, wo Tobias Schneider nicht unweit der Kanzlerin aufgewachsen war. Auch er verließ – wie die Kanzlerin – nach der Schule seine Jugendheimat und begann sein Studium der Geschichte und Politik sowie des Öffentlichen Rechts, fast eine Ironie der Geschichte, am Geburtsort von Karl Marx, obwohl er mit diesem – aller guten Vergleiche sind drei – wie die Kanzlerin nicht viel am Hut hat: Tobias Schneider ist Liberaler durch und durch. Doch zunächst zum Studium, das er noch mit dem geplanten Abschluß eines traditionellen und leider aussterbenden Magisters absolviert und somit hoffentlich von “credit points“ (der Gratulant denkt dabei immer unwillkürlich an „Allemagne: douze points“) und anderen scheinengenauen Bewertungsmethoden verschont bleibt. Diese Hoffnung nährt sich auch deshalb, weil Tobias Schneider neben seinen fachlichen Aktivitäten ausgiebig Zeit für (Hochschul)politik gefunden hat. An der Universität Trier engagiert er sich in der dortigen Liberalen Hochschulgruppe ULI/LHG Trier, mittlerweile als deren Ehrevorsitzender und nahm studentische Interessen im Studentenparlament und Senat der Universität wahr. 2008/09 war er Mitglied im LHG-Bundesvorstand und zeichnete dort für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit ver-

antwortlich. Schließlich soll noch sein Engagement bei den Julis Trier Erwähnung finden, wo er derzeit Vorsitzender ist, verbunden mit der kooptierten Mitgliedschaft im Vorstand der FDP Trier. Wer nun meinen könnte, dass dies nicht mehr als eine gewöhnliche jugendliche Funktionärskarriere sei, sollte sein neuestes Projekt betrachten, das er unabhängig von LHG und Partei betreibt: Um Studenten und anderen Interessierten eine seriöse Informationsquelle über das Geschehen an Universität und Fachhochschule Trier zu bieten, hat er das Internet-Portal „tru news“ – offiziell www.tru.news.de – gegründet und füttert es unablässig mit Nachrichten. Zum Ausgleich all dieser geistigen Aktivitäten schwimmt er gern, wobei in diesem Sommer das Wetter gute Konditionen geboten hat.

Der VLA gratuliert Tobias Schneider herzlich zum 25. und wünscht ihm mindestens für die nächsten 25 Jahre viel Gesundheit, ein erfolgreiches Berufs- und ein glückliches Privatleben. Uns wünschen wir, dass Tobias bald wieder einmal am VLA-Convent oder einem Regionaltreffen teilnehmen kann.

Steffen Glöckler



Zum 45. Geburtstag von Claus-Joachim Dickow

Es war ein Sonntag. Nicht irgendeiner, es war Sonntag, der 12. November 1989, der Sonntag nach dem Mauerfall. Die Bundesmitgliederversammlung des LHG tagte im schönen Oberwesel am Rhein – ungefähr so weit weg von Berlin, wie es in Deutschland überhaupt geht. Wir hatten Freitag- und Samstagabend die Bilder aus Berlin gesehen, und vor allem wir Berliner waren natürlich sehr ergriffen von dem, was da in unserer Heimatstadt gerade passierte. Der damalige Bundesvorsitzende der Jungen Liberalen, Georg Neubauer, auch ein Berliner, der leider der aktiven Politik schon vor Jahrzehnten den Rücken gekehrt hat, rief uns in seinem kurzen Grußwort zu: „Jetzt steht die Wiedervereinigung auf der Tagesordnung“. Wütender Protest antwortete aus dem Plenum, die Sitzung drohte aus den Fugen zu geraten. Ich fühlte mich als Sitzungsleiter verpflichtet, die Tagesordnung irgendwie durchzubringen und würgte die Diskussion mit der ad-hoc erfundenen Geschäftsordnungsregel ab, daß über Grußworte nicht diskutiert wird. Der Abwahantrag, mit dem die Gruppe München daraufhin drohte, wurde dann doch nicht gestellt, so daß ich hoffen konnte, in der Tagesordnung fortfahren zu dürfen. Da meldete sich ein rundlicher, bärtiger Kommilitone aus Hamburg mit einem Geschäftsordnungsantrag: „Ich beantrage, die Sitzung sofort zu unterbrechen und in Berlin fortzusetzen“. Wie sollte das gehen? Wer konnte ernsthaft glauben, man würde in diesen Novembertagen in Berlin einen Tagungsraum und Übernachtungsmöglichkeiten von jetzt auf gleich finden? Schon wieder Chaos, Diskussionen, die Uhr tickte

und meine Tagesordnung war im Eimer. Schließlich wurde der GO-Antrag knapp abgelehnt, und wir konnten doch einigermaßen pünktlich zum Mittagessen gehen.

Das war meine erste bewußte Begegnung mit Claus-Joachim Dickow. Inzwischen hat er sein Jurastudium erfolgreich beendet und ist Rechtsanwalt in Hamburg. Der überzeugte Hamburger ist seit Jahren erfolgreicher liberaler Kommunalpolitiker. In der Bezirksversammlung Hamburg Nord leitet er die 3-köpfige FDP-Fraktion, bei der er mit seinen jugendlichen 45 Jahren schon der Alterspräsident ist. Weil die Fraktion klein ist, macht das auch richtig Arbeit, denn man will ja in allen Ausschüssen präsent sein. Seine Schwerpunkte legt er auf Stadtentwicklung, Bau und Verkehr. Wer sich zu diesen Themen mit ihm unterhält, kann über sein umfassendes Detailwissen nur staunen. In der verbleibenden Freizeit spielt er gerne Tischtennis.

Claus-Joachim hat sich seinen Humor (siehe oben) bewahrt. Auf den vielen Conventen, an denen er teilnahm, war er stets einer der letzten, die die fröhliche Runde am Freitag- und Samstagabend verließen. Er erzählt mit Begeisterung kuriose Begebenheiten aus dem Leben eines Kommunalpolitikers. Und er gehört zu den wenigen in seiner Altersgruppe, die dem VLA durch alle Höhen und Tiefen die Treue gehalten haben. Möge es noch lange so bleiben. Herzlichen Glückwunsch!

Achim Groth

Zum 85. Geburtstag

Es gibt Personen, die gerne im Rampenlicht stehen und andere, die gerne im Hintergrund walten und schalten. Bei einen ist man sicher, dass sie sich über einen Geburtstagsartikel freuen, bei den anderen nicht. Auch wenn **Ingeborg Foerster** zur zweiten Gruppe, der stillen zurückhaltenden Personen zählt, hatten wir das Gefühl, ihren **85. Geburtstag** nicht sang- und klanglos verstreichen lassen zu können. Dass sie zu den ruhigen Arbeitsbienen zählt, ist sicherlich auch ihrer nordischen Herkunft geschuldet. Als Frau des Gründungspräses des VLA, des nicht vergessenen Alf-Ingmar Foerster, hat sie den Verband mitgeprägt und ihrem Mann stets den Rücken für seine Aktivitäten freigehalten. Auch nach seinem viel zu frühen Tod hat sie regelmäßig an den Conventen teilgenommen. So habe ich noch ein Erlebnis gut in Erinnerung, den Convent in Lauenburg – meine Feuertaufe als Schatzmeisterin. Der Convent war sehr gut besucht und wir mussten bereits nicht nur, wie von uns geplant, das Nachbarhotel dazubuchen, sondern hatten bereits die ersten Gäste privat untergebracht. Da sagte mir Frau Foerster bei ihrer

Ankunft in Lauenburg, dass ihr Sohn Alexander auf einen Sprung vorbeikäme und eine Nacht bleiben würde. Mir wurde schon ganz schlecht, wohin mit dem Mann – aber hier zeigte sich, wie pragmatisch diese Familie ist. „Nein, keine Angst, er hat seinen Schlafsack dabei und schläft bei mir im Zimmer am Boden...“, sagte Frau Foerster ganz ruhig, als bei mir Panik aufkeimte. Wenn sich alle Probleme so leicht lösen ließen...

Wie verbunden Frau Foerster auch heute noch mit dem Verband ist, obwohl ihr das Reisen nicht mehr ganz so leicht fällt, konnten wir zum 50. Geburtstag des VLA sehen, wo sie zusammen mit Frau Bretschneider anreiste und uns damit eine große Freude gemacht hat.

Wir gratulieren ganz herzlich und wünschen ihr weiterhin eine gute Gesundheit, geistige Klarheit, Pragmatismus, Schaffenskraft und viel Spaß am Leben.

Heike Moser



Nachruf für Dr. Otto Lingesleben

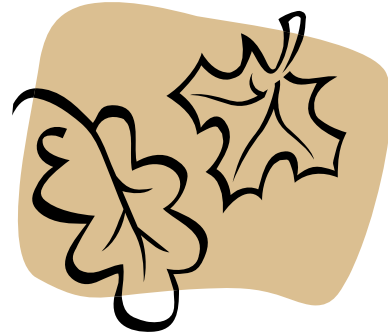
Am 04. April 2010 ist unser Consenior Dr. Otto Lingesleben im Alter von 76 Jahren verstorben.

Geboren am 8. Juli 1933 in Naumburg, wuchs er in Durlach auf. Nach dem Abitur absolvierte er das Studium der Betriebswirtschaftslehre in Mannheim, später promovierte an der Universität Köln. Während des Studiums begann sein politisches Interesse größer zu werden, und er engagierte sich in der dortigen LHG. In den 80er Jahren wurde er Mitglied im VLA.

1962 begann er seine berufliche Laufbahn in Köln bei der Schmalenbachgesellschaft, stieg dort schnell auf der Karriereleiter aufwärts bis zum Geschäftsführer. Überschattet wurde dieser Lebensabschnitt durch den tragischen Unfalltod seiner Ehefrau. 1968 setzte er seinen beruflichen Weg bei der neu gegründeten Ruhrkohle AG fort und übernahm eine leitende Aufgabe im Bereich Unternehmensplanung. 1990 ging er in den Ruhestand.

Politisch war Dr. Otto Lingesleben recht früh in der FDP zu Hause. Zur Zeit der Regierung Brandt/Scheel engagierte er sich mit Verve als „weißer Rabe“ in Essen für die Ökologie, er arbeitete im Landesfachausschuss Umwelt aktiv mit und war auch als Direktkandidat in seinem Wahlkreis bei zwei Bundestagswahlen ein Aushängeschild für die Essener FDP. Der in der Partei in den letzten Jahren zunehmende Hang zu einseitiger Orientierung auf Wirtschaftsaspekte behagte ihm immer weniger,

konsequent wie es seine Art war trat er 2008 aus der Partei aus.



Dr. Otto Lingesleben beeindruckte durch seine Gradlinigkeit im Grundsätzlichen, wobei er mit wachem Verstand neue Erkenntnisse in seinem Fachbereich und auf seinem Interessengebiet nicht nur zur Kenntnis nahm, sondern sie auch verinnerlichte. Sein manchmal etwas zu tiefsinniger Humor machte ihn darüber hinaus jederzeit zu einem gewinnenden Gesprächspartner. Seine Interessen galten der klassischen Musik, dazu war er ein aktiver Wanderer, besonders nach der Wiedervereinigung viel im Osten Deutschlands unterwegs, z.B. zwei Studienwanderungen auf Goethes Spuren.

Viele werden sich an seine oftmalige Teilnahme an den Pfingstconventen, gemeinsam mit seiner langjährigen Lebensgefährtin Ute Klünder, erinnern. Zuletzt ließ sein immer schlechter werdender Gesundheitszustand dies nicht mehr zu. Sein nun dauerhaftes Fehlen stimmt uns traurig.

Helmut Dinter

Was bedeutet das L bei den LHGn ? **Zum liberalen Selbstverständnis unserer studentischen** **Freundinnen und Freunde**

Leserbrief von Peter Juling

Es ist schon etwas schmerzlich, innerhalb des eigenen Lebens zum zweitenmal die gleiche Erfahrung zu machen: Vor 40 Jahren haben Gründer des Liberalen Studentenbundes Deutschlands (LSD) und dann seines Seniorenverbandes, unseres VLA, erleben müssen, daß die nachfolgende Generation im LSD in großer Mehrheit links hinter den politisch-programmatischen Rand des Liberalismus verloren gegangen ist, weit von den Grundsätzen entfernt, die sie gemeinsam erarbeitet und erhalten hatten. Heute müssen wir unter anderem Vorzeichen das Gegenteil erfahren, daß nämlich die allgemeine Welle der politischen Uninteressiertheit und Ablehnung in unserer Gesellschaft auch die jüngere Generation an den Hochschulen erfaßt hat und kennzeichnet. Das sieht man bei jeder Wahl eines Studierendenparlaments bestätigt.

Diese Erkenntnis kam uns Teilnehmern am Seminar und Convent Pfingsten in Münster geradezu schlagartig. Unsere Freundinnen und Freunde des LHG sind „liberale“ Studenten, weil sie sich zwar zum Bundesverband Liberaler Hochschulgruppen zusammengeschlossen haben, aber das L in ihrem Abkürzungsnamen offenbar gar nicht erklären können. Sie beschäftigen sich nicht mit den liberalen Grundgedanken, sie kennen seine Inhalte nicht, sie kennen den Namen Karl-Hermann Flach nicht und wollen es auch nicht wissen, sie kümmern sich nur um die Belange der Hochschulen und ihres Studiums und präsentieren voller Stolz ihr neuestes Flugblatt, mit dem sie werben und das als Zugnummer den Spielplan der Fußball-Weltmeisterschaft 2010 ent-

hält. Aber auf der einen Seite, auf der sich die LHG selbst vorstellt, wird mit keinem noch so kurzen Satz ihre liberale Grundposition erklärt. Sie sind, so denke ich, vermutlich liberal im Sinne von „unabhängig“, weil sie weder zu den vielen unterschiedlichen Studentengruppen der Linken noch zu den Rechten gehören wollen, die oftmals gar nicht so rechts sind. Unabhängigkeit ist aber nur ein Teilaspekt des liberalen Grundgedankens, der weitaus mehr umfaßt und umfassen muß.

Was ist angesichts dieser Sachlage zu tun? Zunächst gilt es, den LHG-Mitgliedern die Grundsätze, Grundlagen und Geschichte des Liberalismus, vor allem in Deutschland, zu vermitteln, was in erster Linie Aufgabe der Friedrich-Naumann-Stiftung ist, aber auch uns ein selbstverständliches und wie man sieht dringliches Anliegen sein muß. Deshalb sollten wir unser nächstes Pfingsttreffen 2011 unter dem zentralen Thema ‚Liberalismus in Deutschland‘ durchführen. Dazu müßten alle LHG-Gruppen und ihr Bundesvorstand eingeladen werden.

Dieses große Thema läßt sich z.B. so auffächern und abhandeln:

1. Woher kommt der Liberalismus und was bedeutet er?
2. Was hat der Liberalismus in Deutschland in den vergangenen 65 Jahren geleistet?
3. Welche Zukunft hat der Liberalismus in unserer Zeit?

Um nicht unnötig mißverstanden zu werden, sind drei Klarstellungen nötig: Die Referenten sollten nicht unbedingt Mitglieder der FDP sein, es gibt viele andere Wissenschaftler, die zur Sache

beitragen können. Es geht auch nicht um die Geschichte der FDP, die aber eine große Rolle spielte und spielt, sondern um den Liberalismus in Deutschland in allen Bereichen. Und die Zuhörerinnen und Zuhörer, die an dem Seminar teilnehmen, gehören in

ihrer weitaus großen Mehrheit der FDP nicht an.

Unser Präsidium wird deshalb mit dem notwendigen Fingerspitzengefühl bei der Auswahl der Referentinnen und Referenten vorgehen.

Peter Juling, 16. Juli 2010



VLA und VSA: Weichen für eine Zusammenarbeit sind gestellt

Beim diesjährigen Pflingsttreffen des Verbandes liberaler Akademiker (VLA) in Münster wurden Gespräche über die zukünftige Zusammenarbeit von VLA und VSA (Verband der Stipendiaten und Altstipendiaten der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit) geführt.

Ein Teil der Zusammenarbeit ist die gegenseitige Einladung zu zentralen Veranstaltungen. So begrüßte in Münster das Präsidium des VLA, vertreten durch den Präses Dr. Michael Daemgen, die Vizepräsidentin Brigitte Bremer und den langjährigen Präses des VLA Peter Menke-Glückert, im Rahmen des diesjährigen Convents und anlässlich der Verleihung des Arno-Esch-Preises die Vizepräsidentin des VSA, Liane Knüppel.

Nachdem schon der VLA einer Einladung des VSA zum Jahreskonvent 2009 in Gummersbach nachgekommen war und erste Gespräche über Möglichkeiten der Zusammenarbeit geführt hatte, konnten jetzt zu Pflingsten

die informellen Kontakte verstärkt und die Weichen für eine lang angelegte und enge Kooperation sowie gegenseitige Unterstützung beider Verbände gestellt werden.

Unter dem probaten Motto „gemeinsam mehr erreichen“ will man in den größeren Universitätsstädten zu regelmäßigen Treffen (Stammtischen, Salons, Foren) einladen, um vor Ort sowohl die aktiven Studenten der Liberalen Hochschulgruppen als auch die Stipendiaten der FNF in ihrem Engagement zu unterstützen. Zusätzlich könnten auch die Altstipendiaten und die Vertrauensdozenten der Stiftung sowie die Mitglieder des VLA, die selbst einmal hochschulpolitisch aktiv waren, das Netzwerk mit ihren Erfahrungen und Kontakten bereichern. Das hilft allen Beteiligten und der liberalen Sache insgesamt.

Münster, den 24.5.2010

Brigitte Bremer, Vizepräsidentin des VLA

Liane Knüppel, Vizepräsidentin des VSA

Der **VLA** ist der Seniorenverband liberaler Studentinnen und Studenten, gegründet am 6. Februar 1955 in Bonn. Der Vereinszweck ist insbesondere die ideelle und finanzielle Unterstützung liberaler Hochschulgruppen. Der VLA führt jährlich zu Pflingsten ein Seminar mit den aktiven Studenten und seinen Convent durch. Er verleiht alle zwei Jahre den Arno-Esch-Preis.

Der **VSA**, 1987 von einem kleinen Kreis von Altstipendiaten gegründet, inzwischen mit 2000 Mitgliedern anerkannter Alumniverband der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, versteht sich als generationenübergreifendes Netzwerk mit Nutzwert für engagierte Stipendiaten und Altstipendiaten. VSA-Mitglieder wollen ihre liberalen Ideale nicht aus dem Auge verlieren, diese gemeinsam mit anderen weiterentwickeln und in die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Praxis umsetzen. Hierfür bietet der Verband seinen Mitgliedern ein Forum sowie organisatorische Unterstützung.